

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen' 'Aus der Welt' 'Frauenstimme' 'Der Kinderfreund' 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Arbeiterwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardzeile 80 Pfennig. Restzeile 5 Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außer bei festgedruckten Wörtern).

Knebeln für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Einbrennstroß, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 15. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Stresemanns Heimkehr.

Heute Kabinettsitzung, dann Parteiführerkonferenzen. - Was wird mit Geßler und der Reichswehr?

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Dienstag nachmittag um 5 Uhr wieder in Berlin eingetroffen.

Auch Hindenburg ist befriedigt!

WTA. meldet: Der Herr Reichspräsident empfing gestern am Spätnachmittag Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag über die Genfer Konferenzen.

Reichswehr und Regierungsparteien.

Eine demokratische Entscheidung.

Die Regierungsparteien beabsichtigen, bei der dritten Lesung des Reichswehrgesetzes von der demokratischen Fraktion eine Entscheidung einbringen zu lassen.

Entscheidend an dieser Entscheidung ist natürlich der Wortlaut. Im übrigen aber steht nicht nur das Reichswehrproblem, sondern außerdem - wie es in der bekannten Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heißt - die 'künftige Gestalt der Reichsregierung' bei der dritten Lesung des Nachtragsetzes zur Debatte.

Wie er es auffaßte.

Warum Michaelis den Reichstag betrog.

Der Reichstag ist im Herbst 1917 von der kaiserlichen Regierung betrogen worden. Das steht nach den Geständnissen, die der Reichskanzler a. D. Michaelis gestern im Untersuchungsausschuß ablegte, eindeutig fest.

Man vergegenwärtige sich den Tatbestand! Ein Siebenerausschuß wird berufen, um auf die diplomatische Kriegsführung Einfluß zu nehmen, ein Ausschuß von siebenmal Geßler, weil man dem großen Hauptausschuß keine Geheimnisse anvertrauen will.

Hätte der Siebenerausschuß erfahren, wie die Antwortnote - die noch nicht veröffentlicht war - von der Kurie beurteilt wurde, so hätte er höchstwahrscheinlich die Note in aller Stille zurückgezogen und durch eine bessere ersetzt.

Nicht genug damit! Herr Michaelis setzt sich hin und schreibt dem Runtius einen Brief, der durch die Art, wie er die Note kommentiert, erst recht jedes Hoffnungsünkchen zusammenbricht.

Herr Michaelis gesteht das alles ein. Aber er hat es aut gem e i n i! Er glaubte, daß England durch den U-Boot-Krieg müde geworden sei, und daß es mit einem Friedensangebot herauskommen werde.

In der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde am Dienstag abend eingehend die innerpolitische Lage besprochen.

Zwei Stimmen.

Die deutsche 'Germania' und der diplomatische Herr Kütz.

Aus den Pressestimmen, die sich mit der Scholz-Krise und den Möglichkeiten ihrer Lösung beschäftigen, verdienen zwei festgehalten zu werden.

'Wir möchten aber gerne klar sehen, wohin die Reise gehen soll. Darum schlagen wir dem Abg. Scholz vor, das Rebelegelbilde der 'neutralen Regierung der Mitte' zu beseitigen und uns auf die Alternative zu einigen: Politik der Mitte mit der Sozialdemokratie oder Rechtspolitik mit den Deutschnationalen.'

Wir befinden uns im Einklang mit allen programmatischen Grundgedanken des Zentrums in der letzten Zeit und mit den Anschauungen seiner maßgebenden Politiker, wenn wir sagen: Die von dem Abg. Scholz herausbeschworene Krise mit dem offenen oder versteckten Bürgerblock abzuschließen, wäre, gemessen an der voraufgegangenen außen- und innerpolitischen Entwicklung, der Gipfel der Unlogik.'

Die andere ist die des Herrn Kütz. Er schreibt in einem Dresdener Blatt:

'Die Sozialdemokratie hat bisher der Politik der Reichsregierung keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Dieses Gesamturteil wird bei objektiver Würdigung auch nicht durch ihren Kampf gegen das Jugendschutzgesetz und den Reichsinnenminister als Verantwortlichen dieses Gesetzes beeinträchtigt.'

Die 'Germania' will den Bürgerblock nicht, Herr Kütz will es sich überlegen, ob er den Bürgerblock will oder nicht. Uns scheint, er nähert sich verdächtig Herrn Scholz.

Jedoch der schrecklichste der Schrecken - das ist der politische Dilettant, der es gut meint.

In Wirklichkeit kann man diesem Michaelis nur einen Vorwurf machen: daß er nicht Selbstkenntnis genug besaß, um den ihm angebotenen Kanzlerposten mit hocherbobenen Händen abzulehnen.

Die Frage wäre schließlich dahin zu erweitern: Wie war es möglich, daß ein Land, das von solcher Unfähigkeit regiert war, den Krieg erst nach vier Jahren vertor und nicht schon nach vier Wochen?

Aber der Krieg war ja nach vier Wochen in Wirklichkeit schon verloren, nur durfte das deutsche Volk auch davon nichts erfahren!

Dieser Michaelis ist ein kleiner armer Sünder. Angstlich sieht er sich nach allen Seiten um Hilfe um. Er hat sich von seinem Kaiser einen Brief zu seiner Rettung schreiben lassen, und er ruft alle fünf Minuten in weinerlichem Ton nach seinem Kühlanen, der nun heute ausfallen soll.

Er wird ihn nicht herausreißen! Wie sollte er auch, da er selber geständig ist und nur noch auf mildernde Umstände plädiert? Gewähren wir sie ihm, sie stehen ihm in weiterreichendem Maße zu, als er selber weiß.

Aber, daß ein großes Reich in einem großen Krieg so regiert werden konnte... Man saß sich an den Kopf.

Ueber die durch das Schandurteil vorgeschriebene Einrichtung von Prüfstellen ist nach amtlicher Mitteilung eine Entscheidung noch nicht getroffen worden.

Die neuen Arbeitsgerichte.

Ein erfolgreicher Kampf.

Der Kampf um die Gestaltung der künftigen Arbeitsgerichte ist beendet. Hoch gingen die Wogen dieses Kampfes, und mehr als einmal war das Schicksal des Gesetzes ungewiß.

Eine besonders traurige Rolle spielten die Kommunisten. Sie lehnten zwar die Abänderungsanträge ab, stimmten jedoch bei der Gesamtabstimmung über den entscheidenden § 11 mit den Deutschnationalen dagegen.

Die neue Regelung der Prozeßvertretung durch das Arbeitsgerichtsgesetz bedeutet einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand.

Die kommende Organisation der Arbeitsgerichte gliedert sich wie folgt: Erste Instanz sind die selbständigen Arbeitsgerichte; zweite Instanz sind die Landesarbeitsgerichte unter Anlehnung an die Landgerichte.

Bei der Stellung der Vorsitzenden für die Arbeitsgerichte ist durch die Bemühungen der Sozialdemokratie das Richtermonopol durchbrochen.

Als Vorsitzende der Landesarbeitsgerichte können auch Personen berufen werden, die die Befähigung zum Richteramt haben.

Der soziale Ausschuß des Reichstages hatte beschlossen, den Arbeitnehmerbeisitzern den gleichen Schutz wie den Betriebsvertretern auszusprechen.

schlechtert worden. Die jetzige Schuhbestimmung lautet, daß den Arbeitgebern unterlagt ist, ihre Angestellten und Arbeiter in der Uebernahme und Ausübung des Besitzes amtes zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen. Arbeitgeber, die diesen Vorschriften vorsätzlich zumiderhandeln, werden mit Geldstrafe bestraft.

Die Zuständigkeit ist insbesondere auch auf Streitfragen über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen ausgedehnt; auch die Tariflabotage, die zu verzeichnen ist, wenn Arbeitgeberverbände sich durch Satzungsbestimmungen als tarifunfähig erklären, gehört vor die Arbeitsgerichte.

Der Sozialdemokratie verdanken die Techniker, Ingenieure und Chemiker, daß auch ihre Ansprüche aus Erfindungen von den Arbeitsgerichten zu entscheiden sind. Dagegen waren die Deutschnationalen und ein Teil der Demokraten und der Volkspartei.

Der Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsverträge konnte auf die Fälle beschränkt werden, wo eine tarifvertragliche Vereinbarung vorliegt; der Ausschluß ist auch zulässig, wenn das Einkommen eines Angestellten die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht überschreitet.

Das nunmehr verabschiedete Arbeitsgerichtsgesetz stellt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand einen großen sozialpolitischen Fortschritt dar. Die Sozialdemokratie darf ihn als ihren Erfolg buchen.

## Was das Reichsgericht fertig bringt.

### Zweimalige Verurteilung wegen derselben Straftat!

Leipzig, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der 33jährige Maurer Johannes Hehl aus Köln hatte sich am Dienstag vor dem Reichsgericht zu verantworten, weil er die Wahrheit gesagt hat. Am 17. Januar 1925 fanden bei Hehl Polizeibeamte der englischen Befugungsbehörde einige Pistolen, eine Bombe, kleinere Mengen Sprengstoffe und Munition. Dafür erhielt er vom englischen Gericht 20 Monate Gefängnis. Die Strafe wäre noch höher ausgefallen, wenn Hehl angegeben hätte, daß die Waffen für Angriffe auf die Befugungsgruppen und zur Niederschlagung der Separatisten Verwendung finden sollten. Hehl hatte aber in der Verhandlung erklärt, daß er die Waffen und Sprengstoffe für einen eventuellen kommunistischen Aufstand im Rheinland vorzubereiten gehalten habe.

Diese Angaben genügten dem Oberreichsanwalt, nach Abzug der Befugung aus Köln Hehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechen, Verheimlichung eines Waffenlagers und unerlaubten Waffenbesitzes anzuklagen. Hehl war geständig und gab an, daß er vor dem englischen Gericht nur die Wahrheit gesagt habe, da er sonst Repressalien zu erwarten hatte; neben den wenigen Waffen, hätte die englische Polizei bei ihm größere Mengen kommunistischer Literatur beschlagnahmt. Das Gericht hatte aber kein Verständnis für seine Angaben, die er damals nur unter heftigem Druck gemacht hatte, und verurteilte Hehl wegen Vergehens nach § 7 des Republikstrafgesetzes, § 7 des Sprengstoffgesetzes und Verheimlichung eines Waffenlagers zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Von den 23 Monaten bereits erlittener Haft wurden Hehl nur sechs Monate angerechnet.

Schon die alten Römer haben den Rechtsgrundsatz aufgestellt „No bis in idem“ und in der Uebersetzung „Niemand kann wegen derselben Straftat zweimal verurteilt werden“. Ist er bis in alle heute geltenden Strafgesetzbücher vererbt worden. Dem deutschen Reichsgericht ist es vorbehalten geblieben, diesen grundlegenden Rechtsatz zu durchbrechen, und das in einem der vielzulebenden Fälle, wo dem Reichsgericht zugleich als erste und letzte Instanz zu urteilen erlaubt ist.

Betrachtungen darüber, ob und wie man Besitzer rechtsradikaler, antirepublikanischer Waffenlager verurteilt, können wir uns füglich schenken. Aber wenn die deutsche Justiz nicht

noch den Rest von Achtung verlieren soll, den sie besitzt, darf Hehl nicht eine Stunde dieser zweiten Strafe für ein bereits schwer bestrafes Vergehen absitzen! Dafür zu sorgen, ist die Pflicht des Reichsjustizministers Dr. Bell.

## Regierungsnöte in Sachsen.

### Noch keine Regierung! — Die MSP. fällt auseinander.

Dresden, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags stand zunächst der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die geschäftsführende Regierung Held auf der Tagesordnung. Der kommunistische Abg. Böttcher benutzte die Gelegenheit, um die übliche Entlarvungsrede gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Der Abg. Liehmann antwortete ihm gebührend; er wies darauf hin, daß das Mißtrauensvotum vollkommen sinnlos sei, weil die provisorische Regierung, die schon zurückgetreten sei, sich nichts daraus zu machen brauche. Die Sozialdemokratische Partei habe oft genug befundet, daß sie zu der Regierung Held kein Vertrauen habe. Der Wahlausfall sei ja auch eine Niederlage für die Koalition gewesen. Wenn die Sozialdemokratische Partei jetzt aber zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum gezwungen sei, so werde sie für das Mißtrauensvotum stimmen. Das Mißtrauensvotum wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der zwei Nationalsozialisten abgelehnt.

Dann kam der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abg. Ewert, der in den Prozeß der kommunistischen Zentrale verwickelt ist, zur Verhandlung. In der Debatte wies Abg. Genosse Neu darauf hin, daß Ewert bereits seit einem Jahr in Berlin wohne, daß aber die Verhaftung Ewerts erst vorgenommen sei, als festgestellt, daß Ewert in den Sächsischen Landtag gewählt ist. Der Oberreichsanwalt habe offenbar durch Ewerts Verhaftung die Mehrheitsverhältnisse im Landtag beeinflussen wollen. Ein Antrag des Abg. Blüher von der Deutschen Volkspartei suchte die Angelegenheit zu verschleppen. Blüher beantragte, die Sache zu vertagen bis zur Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl Ewerts, die bezweifelt ist. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt und dann der Antrag auf Entlassung des Abg. Ewert gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen. — Hierauf sollte die

### Wahl des Ministerpräsidenten

vorgenommen werden. Es lag ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Missozialisten vor, die Wahl bis zum 11. Januar 1927 zu vertagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde gegen diesen Vorschlag der schärfste Protest erhoben. Der Abg. Bethke von der Alten Sozialdemokratischen Partei erklärte, daß er für die Große Koalition eintrete. Dieses Ziel sei aber nicht erreicht worden, und im Zwangsfalle müsse jetzt die Möglichkeit gegeben sein, mit der äußersten Rechten oder mit der äußersten Linken eine Regierung zu bilden. Er beantragte, die Ministerpräsidentenwahl nur auf acht Tage zu vertagen. Bei der Abstimmung fiel die MSP. auseinander. Von den vier Abgeordneten der MSP. stimmten zwei Mitglieder für die Vertagung bis nach Weihnachten, Bethke aber stimmte dagegen. Das vierte Mitglied der Fraktion war nicht anwesend.

Der Antrag auf Vertagung der Ministerpräsidentenwahl bis nach Weihnachten wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Abgeordneten und von zwei Abgeordneten der MSP. angenommen. Die Ministerpräsidentenwahl findet erst am 11. Januar 1927 statt.

## Genosse Zubeil schwer erkrankt.

Genosse Friedrich Zubeil ist gestern schwer erkrankt. Er wurde gegen Mittag in beschleunigtem Zustande in das Urbon-Krankenhaus gebracht. Sein Befinden hatte sich bis zum Redaktionschluss nicht gebessert und sein Zustand gibt zu ernststen Besorgungen Anlaß. Genosse Zubeil steht im 79. Lebensjahre.

## Mona Lisa lächelt.

Sie lächelt schon seit Jahrhunderten, aber gegenwärtig scheint ihr Lächeln um einige Nuancen spöttischer und überheblicher. Sie lächelt nämlich über die Torheit der Menschen, von denen sie stets als die Einzige und Unvergleichliche gepriesen wurde und die doch auf den Reklametrichter eines smarten Kunsthändlers prompt hereingefallen sind. Das nämlich ist der Kern der ganzen Affäre, in deren Mittelpunkt kürzlich wieder einmal die Frage der Echtheit oder Unechtheit der Mona Lisa aus dem Boudoir stand. Die ganze sensationelle Geschichte war nichts weiter als eine Kampagne, die ein menschenkundiger Geschäftsmann inszeniert hat, um eine Pariser Kopie — wie der Direktor des Louvre-Museums sagt: sogar eine schlechte Kopie — einem Dollarmilliardär um sträflich viel Geld anzuhängen.

Der Direktor Süffrey hat dem Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals“ über die ganze Affäre nähere Auskunft gegeben und ihm erzählt: „Ich war gerade in Amerika, als die Mona Lisa feinerzeit gestohlen wurde. Kaum meldeten die Blätter den Diebstahl, da wurde schon ganz New York von einer unbeschreiblichen Aufregung ergriffen. Jedermann war entrüstet und wackere Pantees, die Tags zuvor von der Existenz der Mona Lisa oder auch nur der eines Louvre genannten Pariser Museums keine blasse Ahnung gehabt hatten, waren über den unermeßlichen Verlust, den dieser Diebstahl für die gesamte Menschheit bedeute, bis zu Tränen gerührt. Erfürten doch die glorreichsten Weltblätter der USA mit vollkommener Entschiedenheit die gestohlene Mona Lisa für „The finest picture of the world“. Man bedachte bloß diesen Ausdruck: das schönste Bild der Welt — da padt einen das Grauen. Welcher denkende Mensch wagt es, von irgendeinem Bild dergleichen zu behaupten? Als wenn es sich um den schönsten Hund einer Ausstellung handelte.“

Als die Mona Lisa gestohlen wurde, verlor man, uns wenigstens 50 Kopien anzuhängen, bevor wir die echte wiederfanden. Die Mona Lisa des Admirals Ratou (dieser war es, um die es sich bei dem gekennzeichneten Reklametrichter handelte) ist wahrlich nicht die erste Kopie, mit der ich zu tun habe — und auch nicht die beste! Die Mona Lisa hat 32 katalogisierte Kopien, die — ich kenne sie alle — zum guten Teil besser sind.“

Ausdrücklich bezeichnet der Direktor des Louvre alles, was an Aktionen von Behörden, von der Polizei, von Hausjudungen und Verhören gemeldet wurde, Klipp und Klar als Bluff. — Leider sagt er nicht, wie der finanzielle Erfolg dieses wirklich zeitgemäßen und großzügig durchgeführten Reklametrichters ausgefallen ist.

## Kommunistische Zollpolitik.

### Um die Lebensmittelzölle.

Im handelspolitischen Ausschuss wurde am Dienstag die Vorlage der Regierung verhandelt, die eine Verlängerung der am 31. Dezember d. J. ablaufenden ermäßigten Lebensmittelzölle bezweckt.

Romans der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Genossin Sender, daß die gegenwärtige Lage nicht nur eine Verlängerung der ermäßigten Zölle, sondern deren Herabsetzung in jeder Weise rechtfertige. Während bei der Verabschiedung der Zollvorlage die Preisföhre zugunsten der Landwirtschaft bestand, haben sich inzwischen die landwirtschaftlichen Preise weit mehr erhöht als die industriellen, so daß nunmehr die Preisföhre in erheblichem Maße zugunsten der Landwirtschaft bestehe. Sie plädierte daher, sich besonders angesichts der wieder steigenden Not der Massen und der angelegenen Erwerbslosenzahl für eine weitere Ermäßigung der Lebensmittelzölle einzusetzen. Falls sich jedoch hierfür keine Mehrheit im Ausschuss finden sollte, forderte die sozialdemokratische Fraktion eine Verlängerung der bestehenden Zölle auf nicht nur drei Monate, wie die Regierungsvorlage es vorschlägt, sondern auf sechs Monate.

Aus der ganzen Debatte ging hervor, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien die Tendenz zur Zollseigerung außerordentlich im Wachsen ist. Das wurde auch von dem kommunistischen Redner mit Nachdruck hervorgehoben. Im krassen Gegensatz zu dieser Feststellung stand die Haltung der Kommunisten, die sich im Verein mit den Deutschnationalen und den Böllischen gegen die Verlängerung der Regierungsvorlage und somit in der Wirkung für die hohen autonomen Zölle einsetzten.

Genossin Bäum wies noch auf die Notwendigkeit einer sechsmonatigen Verlängerung hin, da im anderen Falle sowohl der Landwirtschaft wie dem Handel es unmöglich gemacht sei, zu disponieren. Es müsse mehr Sicherheit in das gesamte wirtschaftliche Leben gebracht werden. Nachdem der sozialdemokratische Antrag auf sechsmonatige Verlängerung abgelehnt war, stimmten die Fraktionsvertreter der dreimonatigen Verlängerung zu, die dann auch angenommen wurde. Die Kommunisten lehnten gemeinsam mit den Böllischen und Deutschnationalen den Antrag ab.

## Das Sperrgesetz gegen die Fürsten.

### Thüringen gegen die Freigabe strittiger Vermögenswerte.

Der Reichsrat befaßte sich am Dienstag nochmals mit der Verlängerung des sogenannten Sperrgesetzes. Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt die Aussetzung von Gerichtsverfahren in Prozessen der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern bis zum 30. Juni 1927. Dazu war ein Antrag Thüringens gestellt worden, einen zweiten Artikel einzufügen, nach dem bis zum Ablauf der Geltungsdauer des Sperrgesetzes Gegenstände, die zur Vermögensmasse der ehemals regierenden Fürstentümer gehören, über deren Verteilung zwischen Land und Fürstentum Streit besteht, nur mit Zustimmung des Landes an Dritte veräußert werden können. Die Reichsregierung hatte juristische Bedenken gegen die Belastung eines Gesetzentwurfs rein prozessualen Inhalts mit diesem Artikel II vorgebracht, weil zu befürchten sei, daß der Reichstag das Gesetz nicht mehr verabschieden würde, bevor er in die Ferien geht. Trotzdem haben die Ausschüsse des Reichsrats für Rechtspflege und für innere Verwaltung den Antrag Thüringens zugestimmt.

In der Vollversammlung machte ein Vertreter der Reichsregierung nochmals die juristischen Bedenken gegen den thüringischen Antrag geltend. Der Vertreter von Thüringen betonte demgegenüber, daß es unmöglich gemacht werden müsse, strittige Vermögensstücke aus dem Land zu bringen. Die bisherigen Erfahrungen zeigten, daß das Sperrgesetz nicht genüge.

Die Vorlage wurde schließlich mit dem Antrage Thüringens von der Vollversammlung ohne besondere Abstimmung angenommen.

## Ein Hering liebt eine Auster...

### Berliner Aquariumsdyll.

„Die Menschen, die nennen es Liebe...“ — die Naturwissenschaftler nennen es „Symbiose“ und es ist keineswegs gesagt, daß Viktor v. Scheffel betrunken gewesen ist, als er das schöne Lied von dem in einer Auster verlebten Hering dichtete. Er hat vermutlich nur mit dichterischer Intuition vorausgesehen, was einige Jahrzehnte später die Wissenschaft als tierische Symbiose erkannt hat.

Ein überraschendes Zeugnis für die Existenz solcher Symbiosen oder Lebensgemeinschaften gibt es gegenwärtig im Berliner Aquarium zu sehen, wo Samitkorallenfische mit roten Seerosen eine innige Entente cordiale geschlossen haben. Dort waren Seerosen vor kurzem in ein Meerwasserbassin verlegt worden, das bisher nur von Fischen teilweise aus tropischen Gewässern bewohnt gewesen war. Unter ihnen befand sich auch eine Anzahl sogenannter Samitkorallenfische. Die Seerosen schwammen zunächst eine Zeitlang in dem Bassin umher, suchten sich an den darin befindlichen Felsstücken einen geeigneten Platz und lehnten sich dort fest. Als bald begannen die kleineren Fische die Öffnung gegen die Eindringlinge. Die Seerosen verlebten sich durch Absonderung giftiger Reizstoffe, durch die ihre Angreifer betäubt und gelähmt wurden, worauf sie den Seerosen als willkommene Nahrung dienten. Im Kampf mit den größeren Fischen unterlagen einige von den Seerosen und wurden ihrerseits von den Fischen gefressen. Deht aber erhielten die Seerosen unerwartete Hilfe: die in dem Bassin befindlichen Samitkorallenfische toten sich zusammen und wehrten sich gegen die Seerosen. Die Seerosen lieferten ihnen Nahrung, die sie in dem Bassin gefressen hatten. Seitdem ist diese Lebensgemeinschaft Regel geworden. Die Samitkorallenfische haben ein für allemal den Schutz und die Ernährung der Seerosen übernommen und dürfen ihrerseits im Schutze der für die anderen Fische so gefährlichen Reizstoffe der Seerosen leben. Sobald Futter (Regenwürmer) in das Bassin geworfen wird, sind die Fische zur Stelle und bringen, ohne zunächst ihren eigenen Appell zu befriedigen, den Seerosen ihre Nahrung. Ja, die Fürsorge der Fische geht so weit, daß sie auch für Beseitigung der von den Seerosen als unbrauchbar wieder ausgeschiedenen Nahrungsbestandteile sorgen. Ueber die Gründe dieser beinahe rührenden Gemeinschaft läßt

sich auf Grund der bisher möglichen Beobachtungen noch nichts Bestimmtes sagen. Man mutmaßt, daß die Handlungsweise der Fische dadurch bedingt ist, daß die Seerosen ihnen gestatten, im Schutze ihrer Reizstoffe zu lauern. Doch ist dieser Zeitpunkt bisher noch nicht eingetreten. Wenn die Beobachtungen nicht täuschen, oder die Beobachter den Ereignissen im Bassin nicht allzu menschliche Motive unterlegen, könnte man sogar annehmen, daß hier nicht nur eine generelle, sondern eine individuelle Beziehung vorliegt, denn es kommt häufig vor, daß Samitkorallenfische um ein und dieselbe Seerose in Streit geraten, so daß der Eindrud entsteht, als handelte es sich hier um rivalitäten eindeutiger Art.

„Ultraplans Fahrt ins Märchenland“ betitelt sich eine Märchenrevue, die sich im „Neuen Theater am Zoo“ vor entzückten Kinderaugen abrollt. Es sind hier Bilder aus einzelnen Märchen genommen und ziemlich willkürlich, aber recht geschickt aneinandergereiht. Ultraplan, der Sprechapparat, tritt in Aktion bei den sieben Schwaben, bei Schneewittchen, am Hofe Harun al Raschids und unter dem Weihnachtsbaum. Er bemerkt immer, daß ein guter Sprechapparat weit besser als ein minderwertiges Orchester geeignet ist, eine anspruchsvolle Bühnenhandlung zu begleiten. Die hübschen, gut einstudierten Bilder rollten in der Art eines Bilderbuchs auf der Bühne ab, stellten keine Anforderungen an die kindliche Kombinationsgabe, sondern wollten nur die Kinderaugen mit einer weihnachtlichen Märchenchau ergötzen. Der Jubel der Kleinen bewies, daß diese Absicht gelungen war.

Die Rückgratsverbiegung der Lehrlinge. Man versteht unter Rückgratsverbiegung der Belehrlinge eine Verkrümmung der Wirbelsäule bei jüngeren Menschen, die zwar in der Schulzeit eine normale oder kaum merkbar veränderte Wirbelsäule besaßen, die aber von dem Zeitpunkt des Eintritts in das Erwerbsleben an beginnen, eine schiefe Haltung anzunehmen. Zu den Berufen, die das Ausbreiten der Rückgratsverbiegung begünstigen, gehören nicht nur die stehenden, sondern auch diejenigen sitzenden Tätigkeiten, bei denen die Arbeit mit frei gehaltenem Arme vor sich geht; hier drückt die Last des Armes und des Schultergürtels auf die Wirbelsäule, während das Rückgrat zum Beispiel bei dem Schreiben durch das Aufstützen der Arme wesentlich erleichtert wird. Kennzeichnend für die Rückgratsverbiegungen der Belehrlinge ist das schnelle Fortschreiten der Verkrümmung, die nicht selten schwerste Grade erreicht. Wie die neuesten Feststellungen beweisen, ist die Erkrankung viel häufiger, als man bisher im allgemeinen annahm. So wurden in einer orthopädischen Heilanstalt unter 650 Zugängen 3 Proz. rückgratschiefe Belehrlinge gefunden. Es handelte sich um 30 röhrlinge, um Schuhamacher- und Friseurgehilfen und um Schlosserlehrlinge, sowie um Hausmädchen, lernende Schneiderinnen, Näherinnen, Modistinnen usw. Es ist unbedingt erforderlich, daß alle wirbelsäulenschwächlichen Kinder von den Schulärzten vor diesen Berufen gewarnt werden. Völlig ungeeignet sind dergleiche Rückgratschwächlinge für den landwirtschaftlichen Beruf. Außerdem dürfen anhaltende Kreuz- und Rückenmerzen während der Belehrlingsjahre nicht vernachlässigt werden. Hieraus müssen besonders die an den Fortbildungsschulen tätigen Ärzte achtung und gegebenenfalls für rechtzeitigen Berufswechsel sorgen. Geeignet scheinen vor allem die Schreibberufe und die sonstigen sitzenden Berufe, bei denen die Arbeit mit aufgestützten Armen erfolgt. Das Maschinenreiben ist dagegen sehr unangenehm, da es die Wirbelsäule außerordentlich anstrengt. Sobald sich bei den Jugendlichen die ersten Anzeichen einer Rückgratsverbiegung zeigen, sind sie sofort sachgemäßer ärztlicher Behandlung zuzuführen.

Der Verlag Paul Cassirer, der eine Zeilung als selbständige Abt. — Verlag behandelt hat, ist jetzt wieder mit der Kunsthandlung Paul Cassirer, Berlin, Bismarckstraße, vereinigt worden. Die Führung des Verlages wird Dr. Weichensfeld innehaben, der schon zu Weichensfelds Zeiten mit diesem gemeinsam den Verlag geleitet hat.

## Allesamt Verräter!

### Briand und Stresemann im Urteil ihrer Nationalisten.

In Paris ist Briand am Egoner Bahnhof von 300 rechtsradikalen Demonstranten mit Steinen und Pfeifen empfangen worden. 20 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Nationalisten werfen dem Außenminister vor, daß er Frankreichs Interessen durch seine Zustimmung zu der Abtretung der Militärkontrollkommission und zu den Venderungen an dem ursprünglichen Investitionsprotokoll des Völkerbundesrates verraten habe. Die Empörung der französischen Chauvinisten gegen Briand ist um so größer, als es ihm gelungen ist, Poincaré und Foch zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Inzwischen ist auch Stresemann in Berlin eingetroffen. Die deutschnationalen Presse bemüht sich seit 48 Stunden um den Nachweis, daß das Ergebnis von Genf einen französischen Sieg bedeute. Die Hugenberg-Presse hat hierzu das Stichwort gleich beim Abschluß der Verhandlungen gegeben. Die „Deutsche Zeitung“ höhnt über die „neudeutschen Speichellecker“, die Stresemann bei seiner Ankunft beglückwünschten, der „mit leeren Händen“ zurückkehre. Ebenso ironisch verhält sich die „Deutsche nationale Tagespost“, das offiziöse Sprachrohr der Berliner deutschnationalen Bezirksverbände. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ gibt in einem gewundenen Bericht ihres Pariser Vertreters zu, daß die Genfer Lösung „immerhin“ einen „neuen kleinen Fortschritt auf dem Wege von Locarno bringen mag“.

So ist das ewige, erbärmliche Schauspiel: Sobald eine für beide Teile annehmbare Kompromißlösung gefunden wurde, heulen die Chauvinisten auf beiden Seiten: Schmachliche Niederlage: Verrat! Wenn sich Briand für zufrieden erklärt, folgern die Deutschnationalen daraus, daß Stresemann kapituliert habe. Erklärt sich Stresemann für befriedigt, dann schreien die französischen Nationalisten, daß Briand Frankreich dem Untergang entgegenführe.

Die Nationalisten auf beiden Seiten können es nicht leiden, daß beide Regierungen von ihren ursprünglichen Forderungen etwas abgehen, um sich auf einer mittleren Linie zu einigen. Das Herz der Nationalisten auf beiden Seiten blutet, wenn für den Frieden etwas geleistet wurde; es jubelt erst dann, wenn man die Staatsmänner dazu gebracht hat, den Frieden zu zerstören. So war es am 4. August 1914 beim Ausbruch des Weltkrieges, so am 10. Januar 1923 beim Ausbruch des Ruhrkrieges. Dann triumphiert die „Deutsche Zeitung“ und spricht offen aus, was sie sonst nur heimlich denkt: „Gott! erhalte uns Poincaré!“ Diesmal hat Gott die „Deutsche Zeitung“ im Stich gelassen: vor der Rücktrittsdrohung Briands mußte Poincaré zurückweichen. In ihrer heimlichen Wut über diesen Verrat Poincarés werfen die deutschnationalen Stresemann laut vor, Deutschlands Interessen preisgegeben zu haben.

Das Traurigste aber an diesem widerwärtigen Schauspiel ist, daß die Partei Stresemanns den deutschen Nationalisten nachläßt, weil sie selbst nationalstisch infiziert ist. Wenn es noch ihrem parlamentarischen Führer Scholz ginge, würden heute lieber als morgen die deutschnationalen Blätter, vom „Sozial-Anzeiger“ bis zur „Deutschen Zeitung“ Sprachrohre der Regierungskoalition des Bürgerblocks sein: sie sind es schon in Bayern, Thüringen, Württemberg, Braunschweig und Oldenburg, wo die Deutsche Volkspartei zusammen mit den Deutschnationalen oder teilweise sogar mit den Völkischen regiert, warum soll sich diese Zusammenarbeit nicht auf das Reich und auf Preußen erstrecken? Nach dem Bekenntnis des Herrn Scholz soll Stresemann nun an die Verwirklichung der größten außenpolitischen Aufgabe der nächsten Zukunft, die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes, mit solchen Bundesgenossen in der Reichsregierung herangehen! Den Erfolg kann man sich im voraus vorstellen.

### Zur Vorgeschichte des Umfalls Poincarés.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Briand hatte am Dienstag eine lange Besprechung mit dem Präsidenten Doumergue, dem er über seine Genfer Verhandlungen Bericht erstattete.

Mehrere Wäiter, darunter „Paris Midi“, bestätigen, daß Briand keine Drohung, zurückzutreten, falls man seine Genfer Verhandlungen im Pariser Ministerrat desavouiere, Poincaré und besonders den nationalstischen Marin zu ernstem Nachdenken veranlaßt habe. Marin habe vorgezogen, im Ministerrat am Dienstag überhaupt nicht das Wort zu ergreifen. Nur Tardieu habe offen die Ablehnung der Schiedsgerichtsformel vertreten, sei aber nicht durchgedrungen, so daß zuletzt der Ministerrat geschlossen Briands Verhalten in Genf billigte.

## Agrarierkurs in Dänemark.

### Die Regierung der Bauernlinken.

Kopenhagen, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das neue dänische Ministerium Radsen-Rygdal war am Montag zusammengestellt, aber es erbat seine offizielle Ernennung und Amtsübernahme erst zum Dienstag, da nach alter dänischer Bauernregel man am Montag keine Arbeit frisch anfangen soll und dazu dieser Montag der 13. war. Dieser kleine Zug charakterisiert Dänemark und noch mehr die Partei, die nunmehr die Regierung übernommen hat. Das Land liegt in schwerer Krise, die Bildung einer neuen Regierung war alles andere als leicht, aber man behält die Ruhe, man achtet sogar auf die sieben alten Volksregeln. Wie weit man mit dieser Gemütslichkeit kommen wird, ist eine andere Frage.

Von den 11 neuen Ministern — den bisherigen zehn Ministern hat die Venstre ein „Gesundheitsministerium“ hinzugefügt — sahen fünf in dem Venstrelkabinett 1920—1924. Das ist mehr als eine zufällige Wiederholung; und voraussichtlich wird auch die neue Regierung den Kurs von 1920/24 wieder einschlagen. Dieser Kurs aber entsprach einer rein agrarischen Klassenpolitik, einem Regieren für das flache Land auf Kosten der Städte. Sicher wird die konservative Partei, auf deren Unterstützung das neue Kabinett in erster Linie angewiesen ist, erreichen, daß durch „Krisenpläne“ einigen bedrängten Industriebranchen, wie Schiffsbau- und Textilindustrie, eine scheinbare Erleichterung auf Kosten der Konsumenten gegeben wird, aber den Hauptvorteil des Regierungswechsels sollen die Landwirte davontragen. Es ist nicht zu bestreiten, daß sie in einer Krise sind, die sie ohne Staatshilfe nur sehr schlecht überleben würden, aber da irgendwoher die Kosten solcher Stützungsaktionen genommen werden müssen, wird sich das neue Regime antisozial auswirken, Beamte und Arbeiter werden die Kosten der Ueberwindung der Krise mit Gehalts- und Lohnherabsetzungen tragen müssen.

Das Außenministerium hat der Abg. Roltefen übernommen. Mit dieser Wahl kann die Venstre nur verstanden werden, daß sie die Linie einer gleichwertigen Neutralität nach allen Seiten und einer tätigen Mitarbeit im Völkerbund weiterverfolgen will. Roltefen ist dänischer Völkerbundsdelegierter und war ein Zeitling

# Hilfe gegen die Erwerbslosennot.

## Der Reichstag bewilligt 100 Millionen Mark.

Die gestrige Reichstags-sitzung befaßte sich mit den durch die Arbeitslosigkeit notwendig gewordenen Beihilfen für Erwerbslose. Anlaß dazu gab die zweite Beratung des Nachtrags-etats des Reichsarbeitsministeriums. Den Bericht über die Ausschussberatungen erstattete Abg. Hoch (Soz.). Der Berichterstatter schilderte insbesondere die Verhandlungen über die Notmaßnahmen für Erwerbslose.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erörtert die Frage der Beilegung der Streitigkeiten beim Internationalen Arbeitsamt.

### Abg. Frau Schröder (Soz.):

Meine Fraktion steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß jeder Mensch, ob er Beamter, Arbeiter, Angestellter oder Rentenbezieher ist, ein solches Einkommen haben soll, daß er auf einmalige Zuwendungen nicht angewiesen ist. Solange wir aber diesen Zustand noch nicht haben, solange ein großer Teil des deutschen Volkes von der Hand in den Mund lebt und sein größeres Einkommen hat als zur Stillung des Hungers, solange werden wir derartige Notmaßnahmen unterstützen. Was allerdings in diesem Etat als einmalige Notstandsmaßnahme für langfristige Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner bezeichnet wird, verdient diesen Namen nicht. Es müßte doch dort am meisten geholfen werden, wo die Not am größten ist. In der vorigen Woche ist beschlossen worden, eine Weihnachtunterstützung für Beamte bis zur Gruppe 12 zu bewilligen, das heißt, auch für solche Beamte, die ein auskömmliches Gehalt haben. Für die Erwerbslosen soll aber nur soweit eine Beihilfe geleistet werden, als sie länger als 26 Wochen erwerbslos sind und die Beihilfe soll nicht mehr als eine halbe Wochenunterstützung betragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Während die höheren Beamten 60 Mark erhalten sollen, will man beispielsweise einem Erwerbslosen auf dem Lande nur 3,50 Mark geben, für eine Familie mit zwei Kindern in Berlin würde die Beihilfe etwas über 10 Mark betragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Von einer Notstandsmaßnahme für Erwerbslose kann also keine Rede sein.

Eine besondere Härte ist es, daß die Leute, die in letzter Zeit ihre Arbeit wieder verloren haben, nachdem sie lange Zeit dem großen Heer der Erwerbslosen angehört und darauf eine Beschäftigung vielleicht bei Notstandsarbeiten gefunden haben, jetzt leer ausgehen sollen. Es muß ausgesprochen werden, daß der Regierung ihr Mangel an Mitteln erst eingefallen ist, als es sich um eine Notstandsmaßnahme für die Kleinen gehandelt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie ungleich und ungerecht man verfährt, das ergibt sich daraus, daß ein Kleinrentner in der Großstadt 15 bis 25 Mark erhält, ein Invalidenrentner dagegen nur 6 Mark. Hier wird ein Unterschied gemacht zwischen den Kleinrentnern aus dem Bürgertum, die ihr Geld in der Infanterie verloren haben und den Arbeitrentnern aus den Reihen der arbeitenden Klassen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt nunmehr, daß der Betrag für die Notstandsmaßnahme von 25 auf 60 Millionen Mark erhöht wird, und daß daraus an die Erwerbslosen, soweit sie weniger als 26 Wochen erwerbslos sind, ein Betrag in Höhe einer Wochenunterstützung, an die Erwerbslosen, die über 26 Wochen erwerbslos sind, das Doppelte gezahlt wird. An die Invaliden- und Kleinrentner soll gezahlt werden: Alleinstehende 10 Mark, Ehepaare 15 Mark, Bezieher von Waisentrenten 7,50 Mark. Die Rednerin richtet den dringenden Wunsch an das Reichsarbeitsministerium, von der Summe, die für produktive Erwerbslosenfürsorge eingestellt ist, einen entsprechenden Betrag von 3 bis 5 Millionen für Unterstützung der notleidenden Schauspielers abzugeben und sich wegen der Verwendung dieser Summe umgehend mit der Genossenschaft der Bühnengeduldeten in Verbindung zu setzen. Auch für die übrigen Kreise der Künstler und der Kopfarbeiter muß mehr als bisher geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner wiederholen wir heute unseren Wunsch, daß dafür gesorgt wird, daß der Gesehntentwurf bald vorgelegt wird, der die Verhältnisse der Angestellten bei den Versicherungsträgern regelt. Die Versicherungsregelung muß auch auf diejenigen Berufe ausgedehnt werden, die ihr bisher noch nicht unterstellt sind. Es handelt sich insbesondere um die Gastwirtschaftsgehilfen, um das Krankenpersonal, die Feuerwehrleute und das Bühnenpersonal. Sind jetzt die Vorarbeiten endlich soweit, daß ein entsprechender Gesehntentwurf vorgelegt werden kann? Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift über diese Frage verprochen, bisher haben wir sie noch nicht erhalten. Wir verlangen weiterhin erneut eine

### Besserstellung der Invaliden- und Knappschäftrenten.

Seit einem Jahr liegt bereits ein Antrag dazu von unserer Fraktion vor. Die Rednerin erklärt zum Schluß, daß mit der jetzigen Notstandsmaßnahme in keiner Weise das erfüllt wird, was die Sozialdemokratie verlangen muß. Jetzt aber ersuchen wir dringend, unseren Antrag anzunehmen, damit den Millionen von Familien, die ihrer dringend bedürfen, eine wirkliche Weihnachtshilfe geleistet wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Leusch (Z.) erklärt, die Zentrumsfraktion wolle den notleidenden Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern schnelle Hilfe leisten. Das sei im Rahmen des sozialdemokratischen Antrages nicht möglich. Die im Etat vorgelebene Hilfe sei dagegen sofort realisierbar. Der Antrag Schröder (Soz.) würde den Notleidenden gar nichts bringen, weil der Finanzminister ihn überhaupt nicht durchführen könne.

Ein weiterer Ausschuh Antrag will die Ausgaben für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge von 60 auf 100 Millionen erhöhen.

Vorsitzender der dänischen Gruppe der Interparlamentarischen Union. Seine Wohl zum Außenminister ist zu begrüßen.

Unbefriedigende Blätter sind die beiden Minister, deren Handlungen für das deutsch-dänische Verhältnis sehr wichtig sind, weil in ihren Händen die Behandlung der deutschen Minderheit in Dänisch-Nordschleswig liegt; der Kirchenminister Stillsprödt Rasmussen und der Unterrichtsminister Nyström. Dieser genießt als Seminarvortrag in Lehrerkreisen hohes Ansehen und steht auf dem linken Flügel der Venstre. Allerdings ist seine Schulpolitik in Nordschleswig abzuwarten; denn Nyström trat von den Radikalen zur Venstre über, weil ihm die Radikalen in der nordschleswighischen Frage nicht „national“ genug handelten. Der Außenminister ist sich hoffentlich bewußt, daß das deutsch-dänische Verhältnis auch durch das Verhalten der neuen Regierung in der Minderheitsfrage bestimmt wird.

Im übrigen umfaßt das Kabinett eine Reihe von Ministern, die Fachmänner genannt werden können und mit allen Tücken der parlamentarischen Maschinerie vertraut sind, so daß das Kabinett an sich als verhältnismäßig stark bezeichnet werden muß. Seine Schwäche liegt darin, daß es letzten Endes doch ein Minderheitskabinett ist und als Freihändlerregierung sehr laueren muß, um nicht mit den Konservativen zusammenzustößen. Aber auch das kann bewilligt werden, da die Venstre verstehen dürfte, gleichzeitig mit den Radikalen zusammenzuarbeiten und es für die Sozialdemokratie schwer sein dürfte, die Regierung mit Hilfe der Konservativen zu stürzen. So hat das neue Kabinett alle Aussicht auf ein langes Leben.

Abg. Kenzler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der für die Weihnachtunterstützungen bereitgestellten Summe auf 40 Millionen. Die Unterstützung soll einheitlich betragen 30 Mark mit 10 Mark Frauen- und 5 Mark Kinderzulage und 15 Mark für Empfänger von Waisentrenten.

Abg. Erling (Z.) tritt dafür ein, daß den beim Internationalen Arbeitsamt in Genf beschäftigten Angestellten die Beamtenrechte gemehrt werden.

### Abg. Hoch (Soz.)

steht gegenüber der Abgeordneten Frau Leusch fest, daß die Anregungen auf Gewährung einer Weihnachtshilfe keineswegs vom Zentrum ausgegangen seien, sondern auf Veranlassung der Sozialdemokraten sei der Antrag dem Ausschuss überwiesen worden, wie ja immer die Sozialdemokratie für die notleidende Bevölkerung eintritt. Darüber, daß eine Notstandsmaßnahme durchgeführt werden soll, beständen keine Meinungsverschiedenheiten, sondern nur darüber, wie weit man darin gehen soll. Nach dem Zentrumsantrag sollen gerade diejenigen, die an sich schon geringe Unterstützungen bekommen, auch jetzt mit den geringen Zuwendungen bedacht werden. Heute erklären Sie (zum Zentrum) uns, mehr als 25 Millionen können wir von der Regierung nicht verlangen.

Wir haben aber in den letzten Wochen erlebt, wie für alle möglichen Zwecke Gelder bewilligt worden sind, und nur für die Ärmsten der Armen sollen keine Mittel da sein!

Beim Disprogramm hat der Minister für Ernährung und Landwirtschaft für die ostpreussischen Großgrundbesitzer 5 Millionen eingestellt, ohne erst die Zustimmung des Haushaltsausschusses abzuwarten. Bei den Beratungen über den Etat hat ein förmlicher Wettlauf zwischen den einzelnen Parteien stattgefunden, um Zuwendungen für die verschiedenen Länder zu erhalten. Aber jetzt, wo es sich um die Armen, die Unglücklichen des Volkes handelt, da heißt es: Wir können nichts mehr machen. Das sagen dieselben Herren, die sich fortwährend den Kopf darüber zerbrechen, wie die Besitzsteuern herabgesetzt werden können, die Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer beschlossen haben, damit die Spekulation sich jetzt bereichern kann. Wir verlangen dem gegenüber, daß allen Widerständen zum Trotz für die Erwerbslosen und Sozialrentner mehr gegeben wird. Wir verlangen, daß der Reichstag mehr für die Erwerbslosen und Sozialrentner tut. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Puff (Komm.) verlangt, daß für die Kleinbauern mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden, und daß bei deren Verteilung nicht noch Schwierigkeiten gemacht werden, wie das bisher geschehen ist.

Abg. Bergl (Dnat.) beantragt, daß auch bei der Bewilligung von nur 25 Millionen den Kleinrentnern die von der Sozialdemokratie beantragten Sätze mindestens gezahlt werden.

Bei der Abstimmung wurde entsprechend dem Ausschuh Antrag der Betrag für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge von 60 auf 100 Millionen Mark erhöht. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Ausgaben für die einmalige Notstandsmaßnahme von 25 auf 60 Millionen Mark zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Zusatzantrag der Deutschnationalen wurde von den Antragstellern und den Kommunisten angenommen, die anderen Parteien enthielten sich der Abstimmung, nachdem die Regierungsparteien erklärt hatten, bevor die Regierung sich nicht über die finanzielle Auswirkung erklärt habe, seien sie nicht in der Lage, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Angenommen wurde eine gemeinsame Entschließung der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Kommunisten, in der verlangt wird, daß bei Notstandsarbeiten und Arbeiten der Behörden die tariflichen Bestimmungen sowie der achtstündige Arbeitstag innegehalten werden müssen und Ueberstunden verboten werden sollen.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wurde im übrigen nach den Beschlüssen des Ausschusses verabschiedet.

Es folgt die Beratung des Nachtrags-etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Schlad (Z.) wendet sich gegen einen Antrag Reinalth (D. Sp.), worauf zur Förderung des deutschen Exports den notleidenden Exporteuren ein Kredit von 100 000 R. gewährt werden soll. Das sei der erste Schritt auf einem Wege, der nicht beschritten werden dürfe.

Abg. Reinalth (D. Sp.) begründet seinen Antrag, der nichts neues darstelle, da doch auch anderen Berufsgruppen ähnliche Kredite in weit höherem Maße gewährt worden seien.

Abg. Rauch-Rünchen (Bayer. Sp.) fragt den Reichswirtschaftsminister, wann er die vom Ausschuss geforderte Denkschrift über die Lieferungsbedingungen des Kohlenhandels an süddeutsche Kohlenhändler vorlegen wolle. — Eine Antwort vom Regierungstisch erfolgt nicht.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Antrag Reinalth wird durch Auszahlung mit 142 Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 130 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten bei zwei Enthaltungen abgelehnt, der Haushalt im übrigen nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt. Angenommen wird ein Ausschuh Antrag, der Maßnahmen zur Vinderung der Kreditnot verlangt.

Gegen 6 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtrags-etats bei den Haushalten des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Auswärtigen Amtes sowie kleinere Vorlagen.

## Sozialdemokraten gewählt!

### Für Ungarn ist das schon ein Ereignis!

Budapest, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Parlamentswahlen wurde am Montag in Raab der Sozialdemokrat Bolajita gewählt, in Szegedin der Sozialdemokrat Julius Peidl. In der Stadt Budapest, wo bisher 10 Sozialdemokraten gewählt waren, hat die Wahl, die zwei Tage dauert, am Dienstag begonnen. Die drei sozialdemokratischen Spitzenführer der drei Bezirke können bereits am Nachmittag des ersten Wahltages als gewählt gelten. Das endgültige Ergebnis dürfte nicht vor Donnerstag oder Freitag bekannt werden. In Budapest-Land haben die Regierungsparteien nur 15 000 Stimmen erhalten, während sich in die offen ausliegenden Wahlzettel 28 000 als angelegliche Anhänger der Regierung eingeschrieben hatten.

Besichtigung. In unserem Bericht über die Rede des preussischen Finanzministers in der gestrigen Abendausgabe heißt es: „Wahrscheinlich wird also das Rechnungsjahr 1927, einschließlich des im Etat vorgelebten Fehlbetrags von 64 Millionen, mit einem Fehlbetrag von 108,7 Millionen abschließen.“ Es muß statt „Rechnungsjahr 1927“ heißen: „Rechnungsjahr 1926“.

Der Leiter der Pressestelle der preussischen Regierung, Genosse Oberregierungsrat Hans Goslar, ist zum Ministerialrat der Regierungsrat in der Pressestelle, Scherel, ist zum Oberregierungsrat befördert worden.



Weihnachtsspende für die städtischen Arbeiter.

Ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung.

Nun hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung, nachdem sie in der vorigen Sitzung den Beamten und Angestellten der Stadt eine Weihnachtsspende zugestimmt hatte, gestern auch für die städtischen Arbeiter einen ähnlichen Beschluß gefaßt.

Die gestern abgehaltene außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich zunächst mit der aus dem vorbereitenden Ausschuss zurückgekommenen Vorlage wegen der Errichtung eines

Hallenbades im Bezirk Mitte.

Das Bad soll auf dem Gelände des städtischen Grundstückes Gartenstraße 5 und Bergstraße 78 gebaut werden. Dieses Grundstück spielt jetzt die Rolle eines Grünplatzes im Bezirk, wenn auch in sehr bescheidenem Maße.

Befähigungszwang der Schwestern

in den städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten ausgesprochen. Der Magistrat hat sich diesem Beschluß nicht angeschlossen, sondern der Versammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt, daß er an der Befähigung der in den Anstalten wohnenden Schwestern durch die Anstalt festhalten müsse.

kommunalen Bedürfnisse, ein klares, übersichtliches Steuersystem eingeführt wird und die angekündigte Verwaltungsreform baldigst durchgeführt wird.

Weihnachtsbeihilfe für städtische Arbeiter

beschlossen. Der Ausschuss schlug vor, jedem Arbeiter 50 M. zu geben, für die Frau 10 M. und jedes Kind 5 M. Das wurde angenommen.

Die Geschäftsgründungen der Familie Koch. Ein Inflationsprojekt grühten Stiles.

Nach viereinhalbwöchiger Verhandlung ging am Dienstag ein Betrugsprozeß gegen sieben Angeklagte, der unter dem Vorwurf von Amtsgerichtsrat Liebegott vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte geführt wurde, zu Ende.

In der Zeit von 1921 bis 1925 wurden in Berlin und in der weiteren Umgebung bis nach Wittenberge Verkaufsgeschäfte sowie Import- und Exportgroßhandlungen errichtet, als deren Inhaber Strohmänner benannt wurden.

fängnis, der Schwager Krämer ein Jahr Gefängnis, beiden wurde aber auch für einen größeren Teil der Strafe Bewährungsfrist gegeben.

Schau der Geisteswissenschaften.

Projekte zur Berliner Ausstellung 1930.

Die Märkische Arbeitsgemeinschaft der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues veranstaltete am gestrigen Dienstagmorgen eine Kundgebung, in der neue Vorschläge zu dem Projekt einer Internationalen Ausstellung im Jahre 1930 in Berlin gemacht wurden.

„Raute“.

Einer der größten Hühnerflieger Berlins ist zurzeit wohl, obgleich sein Appetit seit dem Sommer stark zurückgegangen ist, „Raute“, der See-Elefant des Zirkus Carl Hagenbeck.

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus. Hedwig wandte den Kopf und sah, daß Johan lachte. Sie wurde so froh und lachte mit, aber da hörte er auf.

wollte hinaus auf eine seiner berühmten und geheimnisvollen Fabriken, um in der Einsamkeit zu spielen. Seit der Unterredung mit Frau van Haag hatte er mit fieberhaftem Eifer geübt.

ausgestreckte, helfende Hand. Nein, so hatte sie sich das Glück doch nicht gedacht. „Aber, warum kommen Sie denn nicht?“ „Auf Wiedersehen, Johan Fors.“ sagte sie still.

## Aus den Arbeitsnachweisen.

### Berlins Anteil an der Arbeitsvermittlung.

Das Landesarbeitsamt Berlin ist bemüht, bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen das Mögliche zur Milderung oder Beseitigung der Einrichtungenmängel zu tun, über die so oft geklagt worden ist. Die Aufgabe ist freilich in Berlin nicht so leicht, wie in den meisten anderen Großstädten, von denen manche hinsichtlich ihrer Arbeitsnachweiseinrichtungen als Muster gerühmt werden. Ein Heer von Arbeitsuchenden strömt in Berlin zusammen, höchste Anforderungen werden hier an die Arbeitsvermittlung gestellt, und besonders groß ist hier die Schwierigkeit der Beschaffung aller notwendigen Räume und Einrichtungen.

In einer Konferenz, zu der das Landesarbeitsamt die Vertreter der Presse eingeladen hatte, machte Direktor Dr. Graaß lehrreiche Mitteilungen über Berlins außerordentlich großen Anteil an der Arbeitsvermittlung des ganzen Reiches. Im Jahre 1925 wurden von den öffentlichen Arbeitsnachweisen des ganzen Reiches 4 698 612 Stellen besetzt, davon 870 484 allein in Berlin, das sind 18 1/2 Prozent. In weitem Abstand folgte Freistaat Sachsen mit nur 521 896 besetzten Stellen (gleich 11 Proz.) und dahinter kam die lange Reihe der übrigen Länder und Provinzen. Direktor Graaß betonte, daß für die Arbeitsnachweise Berlins eigene Gebäude nötig sind, während sie sich hier größtenteils noch immer mit Mieträumen begnügen müssen. Berlin hat die öffentlichen Arbeitsnachweise für die Ungelernten dezentralisiert und auf die Bezirke verteilt, wodurch dem Arbeitsuchenden weite Wege erspart werden. Dagegen ist für die Facharbeitsnachweise an der Zentralisierung festgehalten worden, was hier als zweckmäßiger gilt.

An die Konferenz schloß sich ein unterrichtender Besuch einiger dieser Facharbeitsnachweise. Für weibliche Angestellte, die von Betrieben des Handels und von Bureaus der Behörden gebraucht werden, ist im Hause Grünstraße 5/6 ein Arbeitsnachweis eingerichtet worden. Mit den Räumen hat man hier, in dem neuen Heim, nicht gespart, und die Einrichtungen verdienen Anerkennung. Aber gegenüber dem immer stärker anschwellenden Heer der Stellungsuchenden muß jede Vorabsicht verfallen. Im Hause Beuthstr. 2/3 wurden die Facharbeitsnachweise für das Gastwirtsgewerbe und für die Textil- und Buchindustrie besichtigt. Sie boten das selbe Bild einer Schaar von arbeitslos wartenden, von kaum noch Hoffenden, fast schon Verzweifelten. Bei den Mädchen und Frauen, die hier bei einander sitzen, kommen nicht selten Ohnmachtsanfälle vor, da bei vielen die Widerstandschaft durch Unterernährung geschwächt ist. Zur ersten Hilfeleistung ist eine Sanitätsstube eingerichtet worden.

Das Landesarbeitsamt Berlin weiß, daß mit den Besserungen, die es bisher hat schaffen können, noch lange kein befriedigender Zustand erreicht ist. Es wird aber auf diesem Wege fortfahren und sich weiter nach Kräften bemühen, durch Besserungen in den Räumen der Arbeitsnachweise möglichst den Arbeitsuchenden die Qual des Wartens zu mildern.

## Raubüberfälle und kein Ende.

### Mann, Frau und Tochter in Johannisthal überfallen.

In beunruhigender Weise häufen sich in der letzten Zeit die Raubüberfälle. In der Nacht zum gestrigen Dienstag wurde ein Kraftwagenführer und dessen Frau und Tochter, die in einer Laube am Sportplatz zu Johannisthal wohnen, von Wegelagerern überfallen. Auf dem Heimwege mußten die drei am Eisenbahndamm zwischen Ufershof und Niederschöneweide entlanggehen. Zwischen diesen Stationen kamen plötzlich zwei Männer aus einem Gebüsch herausgesprungen und verlangten unter Drohungen mit der Waffe die Herausgabe des Geldes. Ob sie wirklich geladene Waffen besaßen, konnten die Angefallenen in der Finsternis nicht sehen. Die Räuber machten sich zunächst über den Mann her und begannen ihm die Kleider vom Leibe zu reißen. Als aber jetzt die Frauen um Hilfe riefen, wurde eine Schupo-Patrouille aufmerksam und eilte herbei. Nun ergrieffen die Stroche die Flucht, ließen ohne Beute auf dem Bahndamm entlang davon und entkamen. Die Angefallenen wurden von den Beamten nach Hause geleitet. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalinspektion Treptow und des Raubdelikt im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums. — Immer noch nicht aufgeklärt ist der Raubüberfall, der vor 8 Tagen in der Wilhelmstraße in Dichtenberg verübt wurde. Der Kaufmann Florian von Kefowitz, dem damals zwei unbekannte Männer unter Bedrohung mit der Pistole 2500 Mark raubten, hat jetzt auf die Ergreifung der Räuber eine Belohnung von 2000 Mark und auf die Wiederbeschaffung des Geldes 10 Proz. der Summe ausgesetzt. Die Verbrecher seufzten, wie wir damals mitteilten, den Verbrechten, ließen ihn liegen und deckten seine Schaufenster mit den Jalousien zu, als sie den Laden verließen. Als Zeuge eines Teiles der Vorgänge ist bisher nur ein 7jähriger Knabe ermittelt worden. Von den beiden Räufern ist der, der die Pistole zog, etwa 40 Jahre alt und 1,70 Meter groß. Er hatte ein frisches rundes Gesicht und trug einen dunklen Mantel mit hellen Streifen und einen grauen weichen Filzhut. Der andere zählt etwa 25-30 Jahre, ist etwa 1,60 Meter groß, hat ein breites blasses Gesicht und trug einen dunklen Mantel ohne Streifen, ebenfalls einen weichen grauen Filzhut und eine Hornbrille. Mitteilungen an Kriminalkommissar Bernburg im Polizeipräsidium.

## Neuerungen im Straßenbahnverkehr.

### Ab Mittwoch, den 15. Dezember.

1. Die Linie 9 wird zu einem Ring geschlossen und erhält die Bezeichnung: 9 Ostring. Unter Beibehaltung der Linienführung im Osten fahren die Wagen von der Bernauer Str., Ecke Streifgäßchen Str. ab über die bisher betriebslose Strecke Bernauer Str., Gartenstr. (Ettlinger Bahnhof), Köcker Str., Artilleriestr., Prinz-Friedrich-Karl-Str. und Knipferstraße, weiter über Dorothienstr., Lindentunnel, Französische Str., Charlottenstr., Kochstr., Markgrafenstr., Lindenstr., Belle-Alliance-Platz, Hallisches Tor, Bückerstr., Urbanstr. und im Südosten zwischen Hermannsplatz und Schleifische Str. über Kaiser-Friedrich-Str., Wildenbruchstr., Harzer Str., Eichenstr., Treptower Chauffee, Schleifische Str. (statt über Welerstr., Neuerstr., Blücherstr., Friedenstr., Grünauer Str., Görtzler Ufer, Laborstr., Wrangelstr., Falkensteinstr.).

2. Die Linie 98 wird von der Jerusalemer Kirche ab in beiden Richtungen durch die Jerusalemer Str., Zimmerstr., Prinz-Albrecht-Str. geführt und über Königgräber Str., Köthener Str., Schöneberger Ufer, Flottwellstr., Bülowplatz, Friedrich-Wilhelm-Str., Hofsägerallee, Großer Stern, Brückenallee, Altonaer Str., Vevehowstr., Goltzowsky-Brücke, Altonaer bis Ottostr. verlängert.

3. Die Linie 92 verkehrt zwischen Flottwellstr. und Jerusalemer Kirche über Schöneberger Ufer, Schöneberger Str., Astanischer Platz (Anhalter Bahnhof), Anhalt Str., Wilhelmstr., Kochstr. (statt über Köthener Str., Königgräber Str., Prinz-Albrecht-Str., Zimmerstr., Jerusalemer Str.).

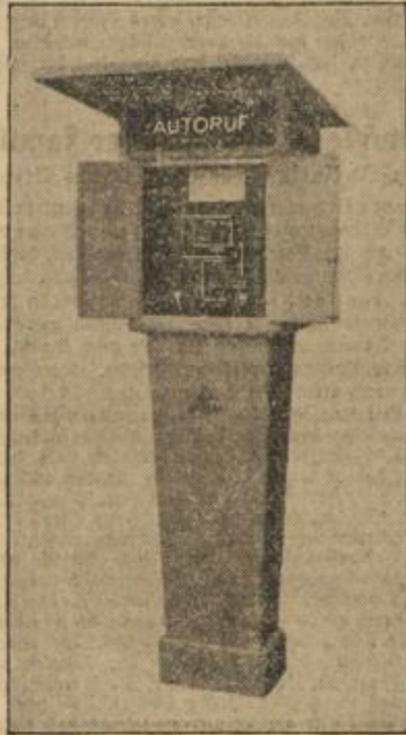
Gleichzeitig tritt auf den Linien 4 und 5 ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Einsektion 82 E, Marktstr.—Treptow, Spreetunnel, wird von 9 Uhr abends an eingezogen und ein Pendelbetrieb zwischen Stralau und Platz am Spreetunnel im Anschluß an die Wagen der Linie 82 eingerichtet.

Die schwere Messerstecherei, über die wir aus der Nacht zum Sonntag berichteten, hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Die Verletzten sind im Birkow-Krankenhaus soweit wieder hergestellt, daß sie vernommen werden konnten. Durch ihre eigenen

Aussagen und Zeugenvernehmungen ist festgestellt, daß sie die Angreifer waren und daß die unbekannt Männer, von denen sie die Messerstücke erhielten, sich in der Nähe der Lärntafel befanden. Der Streit und die blutige Auseinandersetzung hatten sich von der Lärntafel bis nach der Logenstraße hingezogen. Zur völligen Klarstellung der Vorgänge werden die Unbekannten gebeten, sich beim 1. Bezirk der Kriminalinspektion Wedding oder auf dem Revier 42 in der Lärntafelstraße 1 zu melden.

## Die Autorufanlage.

Von heute ab soll die telephonische Herbeirufung von Autorufen, die sich auf den Straßen Berlins, also „im Dienst“ befinden, Wirklichkeit werden. Wer ein Auto benötigt, nimmt den Telephonhörer von der Gabel, sagt das Stichwort „Autoruf Dönhoff“ und erhält die Autorufzentrale, der er seine Wünsche nach einem Auto übermitteln. In einigen Minuten ist das Auto dort zur Stelle, wo es der Anrufer benötigt. Die Anfahrtsstrecke, die der Wagen vom Halteplatz bis zum Bestellerort zurücklegt, bleibt unberechnet. Als Abgeltung für die kostenfreie Vorfahrt zahlt der Fahrgast 25 Pfennig, die vom Chauffeur an der Uhr als Zuschlag angezogen sein müssen. Der Berliner Autorufanlage war die Aufgabe gestellt, nicht allein eine Bestellzentrale für Droschken zu sein, sie soll auch dazu dienen, den Autorufenverkehr in andere Bahnen zu lenken. Unnötige, unproduktive Leerfahrten sollen vermieden werden, die Bequemlichkeit, durch einfachen Telephonanruf Tag und Nacht sich einen Wagen vor die Türe kommen zu lassen — bei freier Anfahrt bis vor das Haus des Bestellers — die Möglichkeit, jederzeit einen



Eine Autoruf-Säule.

Wagen für andere Stunden des Tages oder für den nächsten Tag auf die Minute sich durch Vorbestellung zu sichern ohne irgendwelche besondere Vorkaufgebühren, die Gewähr bei etwaigen Verlusten oder Zurücklassen von Gegenständen noch etwa eine Woche lang Wagen und Fahrer ermitteln zu können, sind Beispiele für die Aufgaben, die dem Unternehmen zufallen, dem die Einrichtung und der organisatorische Aufbau der gesamten Anlage oblag. Die technische Handhabung des Autorufs vollzieht sich auf folgende Weise: Das Amt verbindet den Teilnehmer ohne Nennung einer Teilnehmernummer mit der in der Markgrafenstr. 20 gelegenen Autorufzentrale der Preiteg. In einem Raume laufen die telephonischen Befellungen der Teilnehmer ein. Die auf einer Karte notierte Bestellung wandert auf einem Förderband, das ohne Unterbrechung läuft, in einen anderen Raum. Hier werden die Dispositionen getroffen, von welcher Säule der bestellte Wagen abzufahren hat. Ein Straßenverzeichnis gibt Auskunft über die dem Besteller am nächsten liegenden fünf Säulen. Die Dame notiert nun die in der Reihenfolge der Anfahrtsstrecke nächstgelegene Säule auf der Bestellkarte und wirft diese wieder durch einen Schlitze auf das Förderband. An einem Rohrpost-Verteilungsschiff fallen die Karten heraus. Ein Beamter befördert die Karten nacheinander durch Rohrpost in einen dritten Raum. Hier werden die Säulen angerufen, die auf den Bestellkarten vermerkt sind und dem Fahrer die Bestellung übermitteln. Jeder Platz kann mit jeder Säule sprechen. Der Fahrer an der Säule hat zunächst keine polizeiliche Wagennummer zu nennen und bekommt erst dann den Auftrag vermittelt, wenn er eine Spezialmünze in den Säulenapparat gesteckt hat. An allen Plätzen befinden sich elektrisch betriebene Zeitstempel, die mit einer Normalzeit-Uhrenanlage in Verbindung stehen und die ständige Ueberwachung der Arbeitsleistung ermöglichen. Die Gesellschaft will erreichen, daß in etwa 1 1/2 Minuten nach Auftragserteilung des Bestellers der Wagen von der Säule abfährt, so daß in etwa 5 Minuten mit der Ankunft des Wagens zu rechnen ist. Ab heute können sich die Teilnehmer folgender Fernsprechkamern des Autorufs bedienen: Bismarck, Hansa, Kurfürst, Bülow, Roabit, Rollendorf, Odisa, Pfalzburg, Steinplatz, Stephan, Ulland, Westend, Wilhelm. Die übrigen Fernsprechkamern folgen in kürzeren zeitlichen Abständen. Der Weiterbau ist insbesondere von den Witterungsverhältnissen abhängig.

## Ein „wilder Mann“ im Gerichtssaal.

Einen wüsten Auftritt rief der Handlungsgehilfe Alfred Bronget vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg hervor, vor dem er zusammen mit dem Arbeiter Lukas wegen schweren Diebstahls angeklagt war. Lukas wurde eines Nachts von Polizeibeamten angehalten, als er mit zwei verdächtigen Männern die Straße entlang ging und ein, wie sich später herausstellte, aus einem Einbruch herrührendes Paket im Arm trug. Der eine der beiden Begleiter flüchtete, und auch der zweite, der angeklagte Bronget, konnte zunächst entkommen, obwohl ihm mehrere Schüsse nachgeschickt wurden. In der gestrigen Verhandlung hätte nun Bronget nicht überführt werden können, wenn nicht der Mitangeklagte Lukas „ausgepackt“ und ihn stark belastet hätte. Darüber geriet Bronget in große Wut, die sich zunächst dem Staatsanwalt gegenüber Luft machte, als dieser zweieinhalb Jahre Zuchthaus gegen Bronget beantragte. Unter Schimpfworten eröffnete Bronget plötzlich ein Bombardement auf den Staatsanwalt, indem er sich einiger ihm in die Hände kommender Gegenstände und der zusammengeknüllten Anklageschrift als Wurfgeschosse bediente. Dann fiel er über seinen Mitangeklagten her, um ihn zu verprügeln. Nur den vereinigten Anstrengungen hinzupringender Beamten, die dem Roboter den Ankel anlegten, gelang es, ihn davon abzuhalten und den wüsten Brüllenden und sich an die Gitterstäbe der Anklagebank anklammernden Angeklagten aus dem Saal zu bringen. In die Zelle transportiert, demolierte Bronget die ganze Einrichtung und zerstückte die Scheiben der Zelle, wobei er sich noch am Halse verletzte. Das Gericht verurteilte den „wilden Mann“ zu zwei Jahren Zuchthaus. Lukas kam mit fünf Monaten Gefängnis davon.

## Im Zauberland.

Zauberkunststücke! Man denkt an Dr. Fausts Geheimtische, Goethes gruselige Geschichte vom Zaubervertrag, an allerlei legendäre Gestalten und fahrende Gesellen. Längst ist die Hokuspokusmachelei zu einer bodenständigen Kunstgattung geworden, die man im Variété sehen oder bei eigener Begabung auch selbst betreiben kann. Ein wenig Geschick und die nötige Routine, und man ist hinter all die Tricks und Schliche gekommen.

Und all diese merkwürdigen Behältnisse und Werkzeuge liegen wohlgeordnet und verpackt im Laden der Zaubergeschäfte und harrten der zauberfrohen Käufer. Zweimal im Jahre — Weihnachten und Karneval — ist Hochkonjunktur in der Zauberverbranche und nur zu diesen Gelegenheiten tritt die Existenz der gewerbsmäßigen Hokuspokuslieferanten in die Erscheinung. Weihnachten und Silvester als Abfahrtermin für Zaubersachen als Geschenk an die Kleinen; Karneval, der große Kummel scherzhafter Rasen und sonstiger „Anallektie“ für groß und klein. Witten im Herzen Berlins, in der Friedrichstraße, sitzt solch moderner Dr. Faust — er nennt sich sogar „Zauberkönig“ und führt seine Künste vor. Bei freiem Eintritt gibt es da viel Interessantes zu sehen. Da ist eine richtige kleine Bühne in einem Saal mit Stuhlreihen, das Grammophon spielt den Eröffnungsmarsch und auf dem Podium erscheint ein betrauerter Herr, umgeben von seinen vielen stimmenden Mitarbeitern, dem ominösen Zylinder, aus dem die ungläublichsten Dinge wachsen und ebenso spurlos verschwinden, die bunten Seidentüchlein, die sich nach Wunsch verformen oder lösen, verfärben, vergrößern oder vermindern und noch vieles andere. Das kleine Publikum hat inzwischen mit viel Geräusch seine Plätze eingenommen und harrt nun gespannt der Dinge, die da kommen. Nun gehts los. Aus einem Normalhandschuh wird ein winziger kleiner Puppenhandschuh, daraus wieder ein riesengroßer, wo eine Bärenohre Platz hätte. Aus Papierstumpfen werden lebende Täubchen und zum Schluß verschwindet Vogelbauer samt Inhalt in der Luft. Wie macht man das alles? Ja, eben. Aber der Zauberkönig will nicht alles für sich behalten. Er zeigt gern, wie es gemacht wird, aber — erst kaufen und bezahlen. Alle Verkäufer verstehen was von ihrer Branche und führen die Gebrauchsanweisung jedem Kaufstüchtigen auf Wunsch vor.

## „Pat und Patachon“ Leidensweg.

Man schreibt uns: In allen Ecken und Enden versucht man, in dieser Zeit durch wohltätige Spenden die Not der vielen Erwerbslosen zu mildern. Da ist u. a. auch die große Schar engagementsloser Schauspieler, deren Arbeitslosigkeit schon so lange dauert; und wie soll sie überhaupt behoben werden? Und gerade in diesem Beruf, der von der Not der Zeit am schwersten betroffen ist, gibt es immer wieder gewissenlose Unternehmer, die sich die schreckliche Notlage dieser armen Menschen zunutze machen, um auf gut Glück auch mal „Direktor“ zu spielen. Was den Berliner recht ist, ist den Küstrinern billig, sagte sich der Kientoppbesitzer B. aus Küstrin, engagierte in Berlin zwei Schauspieler für diese Rollen, Klein-Patachon mußte sich „stille“ die Haare scheren lassen, und als dem Herrn Direktor sein Kopf nicht gefiel, aus eigener Tasche 40 Mk. für eine Perücke bezahlen. Laut Kontrakt gab's für acht Tage Verdienst, pro Tag 20 Mk. Bei der Ankunft in Küstrin hieß es: Weiterfahren nach Waldenburg in Schlesien (6 1/2 Stunden Bahnfahrt). Dort angelangt, waren weder Spielgelegenheit noch Herr Direktor vorhanden. Nach toglangem Schreiben, Telegraphieren und Telephonieren kam folgender Brief: „Da sich die Sache leider nicht so gemacht hat, wie ich mir's gedacht habe, wollen Sie, bitte, nach Hause fahren. Sollten Sie die Hotelrechnung nicht bezahlen können, so übernehme ich diese Schuld.“ — Was nun? Ein gütiger Kellner, dem die beiden armen Teufel leid taten, pumpte ihnen 30 Mk. zur Heimreise. Der Herr Direktor ließ sich weder sehen noch hören, kein Mensch wußte etwas von diesem „Gastspiel“, und die beiden Gesoppten hatten Geld, Zeit und die Gelegenheit eines etwaigen anderen Engagements auf diese Art und Weise eingebüßt. — Das Berliner Gewerbegericht erklärte sich für nicht zuständig, außerdem muß die Forderung auf dem Klagewege, der bekanntlich in solchen Fällen ein ebenso langwieriger wie aussichtsloser ist, geltend gemacht werden. Für solche Machinationen gibt's wohl nur eine Instanz: den Staatsanwalt.

Der Riefendiebstahl im Reichsfinanzzeugamt in Dahlem, bei dem zwei unbekannt Einbrechern für 400 000 Mark Zigaretten, anderosen zu 2, 3 und 4 Pf. in die Hände fielen, ist immer noch in Dunkel gehüllt. Der Diebstahl an sich und besonders auch die hohe Belohnung von insgesamt 43 000 Mark hat eine rege Wirksamkeit des Publikums und Veruche zur Aufklärung hervorgerufen. Von der Riefenmenge der gestohlenen Bänderolen selbst ist bisher noch nicht ein Stück ausgeführt worden. Es scheint, daß die Verbrecher keine Berliner, sondern auswärtige Spezialisten sind, die die Beute auch gleich wieder aus Berlin weggeschafft haben. Unaufgeklärt ist auch noch, wie die Verbrecher die schwere Beute von über 2 1/2 Zentnern vom Latort wegbrachten.



## Haarpflege des Herrn?

Ja, aber schnell muß es gehen!  
In 5 Minuten wird Ihr Haar gründlich gereinigt und gleichzeitig locker und „leicht zu frisieren“: durch Schwarzkopf's bewährte Kamillen-Haarwäsche. Wöchentlich einmal. Die 2 Mk.-Flasche reicht mehrere Monate.



Schwarzkopf  
Kamillen  
Haarwäsche

reinigt durch Seife — kräftigt durch Kamille

## „Wach- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin G. m. b. H.“

Serr v. Hirsch-Schwabe gebrandmarkt!

In sehr merkwürdige Verhältnisse, die beim „Wach- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin G. m. b. H.“ herrschen, einer Überwachungs-Gesellschaft, die im Wesen Berlins etwa 800 Firmen betreut, leuchtete eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Schöneberg. Wegen Beleidigung des Inhabers des Wach- und Sicherheitsdienstes, des Herrn v. Hirsch-Schwabe war der Kaufmann Wittstodt angeklagt. In einer Zivilklage war Wittstodt von seinem Gegner v. Hirsch beschuldigt worden, er habe 800 M. unterschlagen, und stellte nun in einem Schriftsatz die Gegenbehauptung auf, daß v. Hirsch etwa 40 seiner Angestellten in gemeiner Weise belogen und betrogen habe.

Zu der Verhandlung waren zahlreiche Zeugen erschienen, die übereinstimmend das gleiche ausfögen und merkwürdige Dinge aus dem Betriebe der Firma berichteten. Im Jahre 1922 gründete der Kläger v. Hirsch-Schwabe zusammen mit einem Herrn v. Lützow und einem Hauptmann a. D. Gläse die Wach-Überwachungs-Gesellschaft, die dann später in die Wach- und Sicherheitsdienst für Groß-Berlin G. m. b. H. umgewandelt wurde. Durch Infiltrate in den Tageszeitungen suchte v. Hirsch ehemalige Offiziere und stellte sie in den Dienst des Unternehmens, nachdem er in einer Gründungsversammlung, in der etwa 700 frühere Offiziere anwesend waren, erklärt hatte, er wolle ein Unternehmen schaffen, das ehemaligen Frontsoldaten eine sichere Existenz verschaffen solle. Eine größere Anzahl der Offiziere trat dann bei Schwabe ein und wurde zu Bezirksdirektoren ernannt, die gegen eine Provision von 5 Proz. Kunden zu werben hatten. Schwabe renommierte dabei gehörig und erklärte seinen neuen Agenten, sie könnten den Privatklagen gegenüber erzählen, daß die Gesellschaft eine Ergänzung der Berliner Schutzpolizei bilde, daß das Unternehmen unter stillschweigender Duldung des früheren Kommandeurs der Schutzpolizei v. Kaupisch im enghen Zusammenhang mit der Schutzpolizei und der Schwarzen Reichswehr stehe. Darüber hinaus erklärte v. Hirsch, der sich als früherer Adjutant des Prinzen Eitel-Friedrich bezeichnete, daß das Unternehmen auch politische Aufgaben habe, denn in seinem Tischkalender liege der Mobilisierungsplan des Freikorps v. Hirsch für den Fall neuer innerer Unruhen fertig da. Der Plan habe auch die Billigung des Prinzen Eitel-Friedrich erhalten. Es stellte sich bald heraus, daß das letztere frei erfunden war. Das Polizeipräsidium gab die Auskunft, daß man mit v. Hirsch keinerlei Verbindung habe, daß letzterer sich vielmehr einmal als Späher angeboten habe, infolge seines Vortobens sei er jedoch abgewiesen worden. Die Zeugen bekundeten nun, daß sie sich samt und sonders von Hirsch in der schmerzlichen Weise betrogen fühlten, weil dieser ihnen entgegen den Verträgen ihre durch harte Arbeit verdienten Provisionen eigenhändig gekürzt, zum Teil auf 50 Proz. heruntersetzt habe. Wer mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden gewesen sei, wäre sofort mit Entlassung bedroht worden. Noch heute hätten sie ihr Geld von der Wachgesellschaft erhalten. Schwindelhaft sei auch die Behauptung, daß die Gesellschaft eigene Polizei- und Spürhunde zur Aufdeckung von Verbrechen besäße. Ein Zeuge bekundete, daß er die Fälschung seines Provisionskontos entdeckt und darauf Alarm geschlagen habe. Direktor Hirsch habe ihn deshalb heftigst geprügelt, ihm einen Hundertmarktschein in die Hand gedrückt und gesagt: „Das ist eine Abschlagszahlung, aber machen Sie um Gotteswillen keinen Krach.“

Das Gericht kam daraufhin zur Freisprechung des Angeklagten Wittstodt. In der Begründung hieß es, das Gericht habe sich überzeugt, daß nicht Wittstodt eine Unterschlagung begangen habe. v. Hirsch habe zwar im Sinne des Gesetzes keinen Betrug begangen, jedoch habe der Gang der Verhandlung gezeigt, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er das Vorgehen des Klägers sehr scharf kennzeichnete. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Privatkläger auferlegt.

**Niederlage der Kommunisten bei den Freidenkern.** In der gestrigen Generalversammlung des 14. Verwaltungsbezirks des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung in Neukölln wurde mit übergroßer Majorität die Liste der sozialdemokratischen Delegierten zu der im Januar stattfindenden Reichsdelegiertenkonferenz gewählt. Schon lange vor Beginn war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt.

**Zum Kirchenaustritt.** Das Steuerjahr endet, wie uns berichtend mitgeteilt wird, mit dem 31. März 1927, und es beginnt wieder mit dem 1. April 1927. Die Befreiung von der Steuerpflicht tritt ein mit dem Ende des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Erklärung.

**Freie Schulgemeinde Friedrichshain!** Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, in der Schulaula Strahmannstr. 6 öffentliche Elternversammlung. Vortrag: Bekenntnisschule, Staatschule (weltliche Schule). Referent: Lehrer Wendtke. Um zahlreiche Beteiligung der Eltern wird dringend gebeten.

**Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands G.V.** Berliner Mitgliederversammlung am 16. Dezember, 8 Uhr, in den Vereinsräumen bei Ballhäuser, Palaststr. 21. Tagesordnung: Erziehung, Bericht des Vorstandes, Dipl.-Ing. Wendtke spricht über: „Wie baue ich einen idealen Fernempfangsapparat.“ Erscheinen der Genossen der wichtigen Tagesordnung wegen unbedingt erforderlich.

### Zwei neue Todesurteile.

Vor dem Landgericht Hannover fand gestern der Prozeß gegen den polnischen Arbeiter Felix Dymbkowski statt, der beschuldigt ist, am 12. August im Deister den Hilfsförster Meier und den Waldoorbeiter Bode ermordet zu haben. Der Oberstaatsanwalt Dr. Wilde beantragte nach ausführlichem Plädoyer gegen den Angeklagten Felix Dymbkowski wegen Mordes an dem Hilfsförster Meier und dem Waldoorarbeiter Bode im Walde am Deister die Todesstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Nach 1½stündiger Beratung und ausführlicher Begründung verkündete der Gerichtshof folgendes Urteil: Felix Dymbkowski ist des Mordes an dem Förster Meier schuldig und wird zum Tode und wegen Verbrechen nach § 214 des Strafgesetzbuches zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrenerlust verurteilt.

**Gera, 14. Dezember. (W.T.B.)** Da hiesige Schwurgericht verhandelte am Montag gegen den 19 Jahre alten Dienstknecht Alois Kartel aus Regensburg, der im Juli d. J. die ledige Luise Koch aus Neustadt a. d. Orla, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war, dort in der Nähe des Bismardtums durch Erhängen getötet hatte. Kartel wurde zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Verurteilte nahm das Urteil ohne jede Bewegung entgegen.

**Explosion eines Artilleriegeschosses.** In der Umgebung von Obeßa wurden infolge Explosion eines aus der Kriegszeit stammenden, nur halb in der Erde stehenden Artilleriegeschosses bei einer Exerzierübung 4 Rekruten getötet und 18 verletzt, darunter 6 schwer.

**Rebellion im Nordprozeß Donner.** Gegen das Urteil des Landgerichts Dresden, wonach die Assessorwitwe Donner sowie der Gärtner und Hilfsmonteur Kröckert wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt worden sind, hat der Verteidiger der beiden Verurteilten Revision beim Reichsgericht angemeldet.

# Bauernfreundliche Wirtschaftspolitik.

Die neue Bauernbewegung und ihre Programme / Das sozialdemokratische Agrarprogramm

Die Behauptung gewisser großagrarischer Kreise, daß die Revolution vor dem platten Lande haltgemacht habe, ist in mancher Beziehung ebenso richtig, wie sie in anderer irreführend ist. Gewiß steht fest, daß durch die Umwälzung von 1918 bei uns eine radikale Veränderung in der Bodenbesitzverteilung, wie sie in vielen östlichen Nachbarstaaten sich vollzogen hat, ausgeblieben ist. Aber ebenso steht fest, daß die Umwälzung an der Bevölkerung des platten Landes keineswegs spurlos vorübergegangen ist.

### Die Rebellion gegen den Landbund.

Das lehnen vor allem die Vorgänge, die sich in allen Teilen des Deutschen Reiches abgespielt haben und darauf hinausliefen, gegenüber dem Reichslandbund, der ja immer noch vorgibt, die einzige landwirtschaftliche Organisation zu sein, die die Interessen aller Landwirte wahrnimmt, eine Gegenorganisation ins Leben zu rufen. Diese trat zunächst spontan in den westlichen preussischen Provinzen 1919 und 1920 in der Gründung von Kleinbauern- und Pächterverbänden zutage und setzte sich dann auch im Osten, namentlich in Schlesien fort, um dann auch in Pommern, Schleswig-Holstein, Thüringen und Anhalt neuen Boden zu gewinnen. Diese Bewegung entsprang aus der Erkenntnis, daß die Klein- und Mittelbauern in allen landwirtschaftlichen Berufsvereinen, die vor dem Weltkrieg bestanden hatten und in die neue Zeit hinübergerettet wurden, keine geeignete Vertretung oder bleibende Stütze hatten. Denn der Bund der Landwirte, der heute im Reichslandbund seinen Nachfolger hat, konnte ebenso wenig wie der Böhmisches Deutsche Bauernbund und die christlichen Bauernvereine des Zentrums irgend etwas tun, um die Interessen der Inhaber landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe wirklich zu fördern. Im Gegenteil war ihre auf Schutzzölle, Einfuhrschemen und Branntweinliebesgaben gerichtete Politik eher dazu angetan, das Wirtschaften der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe zu schädigen statt zu fördern. Dazu kam, daß die genannten Verbände auch in der landwirtschaftlichen Steuerpolitik versagten, und daß sie, abgesehen von einigen schwachen Versuchen des Böhmisches Bauernbundes, für seine Mitglieder einige Steuererleichterungen herauszubolen, alle auf dem Standpunkte standen, daß das Jahrhundert alte Steuerrecht aufrecht erhalten bleiben, daß es also Landwirte geben sollte, die auch führen und Landwirte, die Steuern zahlen. Und endlich schuf einen scharfen Trennungsschritt zwischen den Klein- und Mittelbauern einerseits und den Inhabern der größeren landwirtschaftlichen Betriebe andererseits das ständige Geschrei des Landbundes und der Großagrarien nach Staatshilfe und Krediten, obgleich doch bekannt war, daß gerade die größeren Betriebe in der Inflationszeit durch übermäßige Festlegung ihrer Kapitalien in Sachwerten selbst zu der über sie herein-gebrochenen Agrarkrisis beigetragen hatten. Und das Maß wurde voll, als die zur Hilfe für die Landwirtschaft bereitgestellten Gelder

dann doch wieder lediglich in die Taschen der Großgrundbesitzer flossen und die Klein- und Mittelbetriebe bei der Verteilung der Kredite wie immer zu kurz kamen. Was wunder, daß sich der Abfall vom Reichslandbunde von Tag zu Tag mehrte und geradezu katastrophale Ergebnisse zeitigte, als sich herausstellte, daß die Kreditgelder in den Landbundgenossenschaften vielfach eine höchst bedenkliche Verwendung gefunden hatten. Auch hier hatten wieder die Kleinen ihre Haut für die Großen zu Mark getragen und mußten die bittere Suppe ausköffeln, die ihnen durch die Geschäftstüchtigkeit ehemaliger Offiziere in den Landbundgenossenschaften eingebracht war.

### Programmatistische Forderungen.

Für die Befreiung von dieser Mißwirtschaft mußte es ein Ventil geben; und so wurden denn von den Klein- und mittelbäuerlichen Organisationen zahlreiche Forderungen gestellt und durch ihren 1922 gegründeten Spitzenverband, den Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, bei den Regierungen und Parlamenten mit Energie vertreten, um eine gerechtere und vernünftigeren Agrarpolitik in die Wege zu leiten. Es ist ein ganz selbstverständlicher Vorgang, daß sich solche Forderungen nach und nach zu festen Leitlinien verdichteten, aus denen schließlich scharf umrissene Programme hervorgehen. Es ist also durchaus kein Zufall, daß im Jahre 1925 der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe eine Schrift über seine Ziele herausgab, die programmatistische Forderungen enthält, daß im Januar 1926 der Hauptgeschäftsführer des Schlesischen Bauernbundes auf einer Jahresversammlung die Grundzüge für ein deutsches Bauernprogramm entwickelte, und daß im Sommer 1926 in dem Organ des Nordwestdeutschen Heuernteverbandes in Osnabrück Vorschläge für ein Agrarprogramm aufgestellt wurden. Alle diese Grundsatzzforderungen weisen natürlich zahlreiche Übereinstimmungen auf. Sie alle enthalten Vorschläge zur Regelung des landwirtschaftlichen Steuerwesens, zur Umgestaltung und zum Ausbau des Pachtrechts, zur Förderung des Siedlungswesens, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zum Ausbau des Genossenschaftswesens und des Bildungswesens, zur Zoll- und Handelspolitik. In den einzelnen Programmen sind darüber hinaus noch Forderungen enthalten zur Landarbeiterrfrage, zur Eigentumsfrage, zur Rechtspflege, zur Regelung von Absatz und Verkehr und zu Beamtenfragen. Ganz besonders bezeichnend ist hierbei, daß alle genannten Programme ausgehen von der allgemeinen Forderung nach Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, daß sie sich nicht ohne gute Gründe um den Nachweis bemühen, daß die Steigerung der Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft wie Fleisch, Milchprodukte, Obst, Eier usw. wertvoller für die Volkswirtschaft sei, als die Förderung des getreidebauenden Großgrund-

## Was sagt der Bär?



**Jeder Weihnachtstisch**  
wird zum Spender der echten Festfreude,  
wenn der Raucher das Geschenk darauf  
findet, das ihm den wahren Genuß  
der Feiertagsruhe gewährt:  
**Joseetti Eljen**  
die köstliche, festliche 5 Cigarette

besiges, und daß nur eine planmäßige Vermehrung leistungsfähiger bäuerlicher Stellen zur Gesundung der deutschen Wirtschaft führen könne. Dazu sei eine umfassende Revision der Bodeneigentumsverhältnisse erforderlich, der der Weg geebnet werden kann durch Förderung des Siedlungswezens, durch Ausbau der Pachtschulordnung zu einem dauernden Pachtschutzgesetz, durch gerechte und einfache Steuerpolitik in der Landwirtschaft, bei der nur der Grund und Boden durch eine Grundwert- oder Ertragssteuer zu erfassen ist, usw. Natürlich gehöre zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion auch eine Verbesserung und Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten für die Klein- und mittelbäuerlichen Landwirte und ihrer Söhne und Töchter, die bewußte Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften jeder Art, der direkte Verkehr vom Erzeuger zum Verbraucher, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landarbeiter und Schaffung der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs für sie durch Errichtung von Landarbeiterwohnungen usw. usw. Und wenn dabei auch manchmal über das Ziel hinausgeschossen wird wie z. B. bei der Behandlung der Eigentumsfrage in den Vorschlägen aus Schlesien — denn die Geschichte lehrt, daß gerade unter der Herrschaft des unbeschränkten Eigentums Tausende von Kleinbauern ihr Land eingebüßt haben, weil es vom Großgrundbesitz aufgekauft werden konnte — so bieten diese Agrarforderungen doch wichtige Anhaltspunkte dafür, wie die Bevölkerung auf dem Lande denkt. Die Forderungen liegen sehr weitgehend in der Linie der praktischen sozialdemokratischen Politik, wie sie in den Parlamenten in den letzten Jahren immer wieder vertreten wurde, und stimmen vielfach mit den vom Kasseler Parteitag 1920 angenommenen Richtlinien zur Agrarpolitik und dem großen Bodenreformantrage Müller-Franken im Reichstage überein.

### Allgemeine und politische Bedeutung.

Die Gegenwartsbedeutung solcher Programme leuchtet ein. Es handelt sich um eine Bauernbewegung, die es satt hat, am Gängelband von Großgrundbesitzerinteressen faßch geleitet und geschädigt zu werden. Besten Kreisen des deutschen Bauerntums ist es klar geworden, daß nicht nur durch bewußte Förderung der landwirtschaftlichen Betriebsführung und durch den Zusammenschluß in eigenen Organisationen die Wahrung der Interessen des Bauernstandes allein gewährleistet ist, sondern das politische Zusammengehen mit dem Großgrundbesitz für sie notwendig auch einen wirtschaftlichen und sozialen Rückschritt bedeuten muß. Wohl sind diese neuen Verbände des Bauerntums in erster Linie Berufs- und Interessenverbände. Aber sie bieten die Grundlage zu seiner politischen und sozialen Neuorientierung. Darin liegt auch die große Bedeutung der neuen Bauernbewegung für die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratische Partei. Wenn jetzt die Agrarkommission der Sozialdemokratischen Partei mit der Ausarbeitung des Agrarprogrammes beschäftigt ist, dann kommt ihr die neue Bauernbewegung nicht nur mit dem Willen zur systematischen Leistungssteigerung der Landwirtschaft entgegen. Die Sozialdemokratie hat auch die praktische Möglichkeit, in Uebereinstimmung mit den in den letzten Jahrzehnten gewonnenen Erkenntnissen über die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Betriebe, an die heutige Emanzipation des Bauerntums von der großgrundbesitzlichen Führung systematisch anzuknüpfen.

### Zur Amerikareise des Chemietrusts. Die Berginbeteiligungen.

Die Reise der Vorstandsmitglieder des Chemietrusts nach den Vereinigten Staaten wurde mit solcher Geheimniskrude umgeben, daß die Öffentlichkeit mit großer Spannung den Erklärungen entgegen sah, die für die Ausschichtungsung der I. G. Farben-Industrie in Heidelberg angekündigt waren. Für alle diese Erwartungen bringt das von dem Ausschichtungsrat veröffentlichte Komunique eine Enttäuschung.

Die Mitteilungen, die in den letzten Monaten über die Erfindungen des Chemietrusts in die Öffentlichkeit gegangen seien, seien ohne Zusammenhang mit der I. G. erfolgt. Die Kombinationen und Erwerbungen, die an die Amerikareise geknüpft worden seien, seien eine Mischung von Wahrheit und Dichtung. Das Stück Wahrheit, das demnach in diesen Erwartungen stecken müßte, wird aber leider auch nicht mitgeteilt. Es sei selbstverständlich, so heißt es, daß die großen Interessen des Chemietrusts in Amerika alljährliche Reisen im Interesse des amerikanischen Geschäfts notwendig machten. Ein großer Teil des diesjährigen Aufenthalts hätte zum Studium der Verhältnisse auf dem Ölgebiet benutzt werden müssen. Daß bei dieser Gelegenheit auch Besprechungen über ein eventuelles Zusammenarbeiten mit der amerikanischen Petroleumindustrie stattgefunden habe, sei selbstverständlich. Darüber aber Nachrichten vorzeitig zu veröffentlichen, könne nicht verantwortet werden. Ueber die in Wertheim gebaute größere Anlage zur Ueberführung der Kohleverflüssigung in den Großbetrieb können erst nach längerer Erprobung dieser Anlage die günstigsten fabrikatorischen Bedingungen festgestellt werden. Vor übertriebenen Hoffnungen sei zu warnen.

Ueber die Beteiligungen des Chemietrusts im Zusammenhang mit den Braun- und Steinkohleverflüssigungsverfahren wurde folgendes mitgeteilt:

„Durch Weiterverfolgung unserer Arbeiten auf dem Hochdruckgebiet haben wir ein eigenes Kohleverflüssigungsverfahren gefunden, patentiert und entwickelt, von dem wir im Gegensatz zu den bisher bekannten Verfahren überzeugt sind, daß es wirtschaftlich arbeiten wird. Unser Verfahren stellt eine selbständige Entwicklung auf Grund neuer, bei uns gefundener Erkenntnisse dar. Da aber unser Verfahren teilweise auf grundlegenden Arbeiten von Dr. Bergius beruht, haben wir uns in Deutschland auch die Bergius' Patentrechte für Braunkohle ausschließlich und durch eine starke Beteiligung an der Robertin A. G. die Mitbenutzung für Steinkohle gesichert. Was das Ausland anbetrifft, so hat sich die I. G. in erheblichem Maße an der Internationalen Bergin Co. in Haag, die die Bergius Patentrechte außerhalb Deutschlands besitzt, beteiligt.“

Ferner wurde in der Ausschichtungsung mitgeteilt, daß der Geschäftsgang befriedigend ist und sich allgemein eine Besserung in Absatz bemerkbar macht. Die Kapitalerhöhung ist trotz ihres Umfangs glatt von statten gegangen, so daß der Geldstand der Gesellschaft augenblicklich sehr flüssig ist.“

### Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Die Schramberger Uhrenfabrik Gebr. Junghans verdient Beachtung in der deutschen Arbeiterschaft, weil sie die führende Firma der Schwarzwälder Uhrenindustrie und der Anreger des kommenden Uhrentrusts ist. Zwar sind die Fraktionsverhandlungen mit fünf anderen großen Schwarzwälder Uhrenfabriken noch zu keinem sicheren Ergebnis gelangt. Persönliche Schwierigkeiten stellen sich vorläufig noch der Trustbildung hindernd in den Weg. Aber es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß der Uhrentrust kommen wird.

Sehr bezeichnend für den Druck, den die wirtschaftlichen Tatsachen in der Richtung auf eine Trustbildung ausüben, ist eine Aeußerung des jüngsten Junghans-Geschäftsberichts: „Seitdem ist im Gefolge der Ueberproduktion die jahrelang durchgeführte Preis-konvention zusammengebrochen, so daß die Preise durch den entstandenen Konkurrenzampf stark gefallen sind.“ Welche Wirtschaftsmacht der geplante Junghans-Uhrentrust haben wird, kann man daran erkennen, daß er 15 000 Arbeiter, d. h. 60 Proz. aller in der Uhrenindustrie Beschäftigten umfassen wird.

Die Firma arbeitet mit einem Aktienkapital von 14,98 Millionen Mark, von dem sich 2,7 Millionen Mark in Gestalt von Borratsaktien im Vorbesitz der Gesellschaft befinden und eine Reserve für zukünftige Anleihebekundungen bilden. Ihr Anlagevermögen, das mit 4,7 Millionen Mark ausgewiesen wird, birgt nennenswerte, durch Ueberbewertung entstandene stille Reserven in sich. Die finanzielle Lage der Gesellschaft erscheint gegenüberartig als etwas gespannt. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Verwaltung

am Ende des vergangenen Jahres allzu reichlich Materialien eingekauft hat, die infolge der einsetzenden Absatzkrise nicht mehr umgeschlagen werden konnten. Die wieder beginnende Belebung der Konjunktur wird aber der Firma bald ihre frühere Flüssigkeit wiederbringen. Als Rohgewinn erzielte sie 7,4 gegenüber 8,3 Millionen Mark im Vorjahre. Der schließlich errechnete Reingewinn beträgt 700 000 Mark. Den Aktionären steht eine Dividende von 6 Proz. (1925 = 8 Proz.) zu.

**Eisen- und Stahlwarenindustrie im November.** Der Eisen- und Stahlwarenindustrie meldet auch für November keine wesentliche Besserung. Bei vereinzelten Betrieben der Eisenfertigungsindustrie des märkisch-westfälischen Landes ist eine geringe Belebung des Auftrags-eingangs festzustellen, dagegen sind in anderen Zweigen Beschränkungen vorgenommen worden, so insbesondere bei den auf Saisonartikeln eingestellten Werken. Angesichts der scharfen Konkurrenz ist die Preislage gedrückt. Gegenüber dem letzten Bericht ist in der Remscheid-er Werkzeugindustrie infolge einer gewissen Veränderung eingetreten, als eine Zunahme der Beschäftigung in geringem Umfange nicht zu verkennen ist, da der Auftrags-eingang sowohl aus dem Inland als aus dem Ausland etwas reger geworden ist. Aus der Schloß- und Beschlägeindustrie werden leichte Besserung und größere Aufträge auch schon für das kommende Baujahr gemeldet. Man gewinnt aus dem Bericht den Eindruck, daß die Lage im Ganzen durchaus gebejert ist, daß man aber mit dem Eingangsrisiko aus der Furcht vor Lohnbewegungen zurückhält.

**Aus dem Siemens-Schuckert-Konzern.** Breiteren Kreisen der Öffentlichkeit ist die mit der Herstellung von medizinischen Artikeln und Apparaten beschäftigte Reiniager, Gebbert u. Schall A. G. in Erlangen zum ersten Male im Zusammenhang mit dem „Fall Jähmann“ bekannt geworden. Der Inoag-Konzern war 1925 gezwungen, diese gut fundierte Firma an die Konkurrenz, an Siemens u. Halske, zu verkaufen, um sich vor der Geschäftsaufsicht zu retten, in die er sonst dank der eigennütigen Wirtschaft ihres Generaldirektors unsehbar hineingeführt wäre. Als Konzerngesellschaft von Siemens u. Halske hat sich die Reiniager, Gebbert u. Schall A. G. so rasch wieder erholt, daß sie in diesem Jahre einen Reingewinn von 447 000 M. bei einem Aktienkapital von 3,72 Millionen Mark ausweisen kann, aus dem eine Dividende von 6 Proz. ausgeschüttet wird. Doch sind das nicht die einzigen Gewinne der Firma. Sie vermochte außerdem noch ihre Beteiligungen zu erweitern, indem sie einen Teil der mit Siemens u. Halske gemeinsam gegründeten „Siemens-Reiniager-Weiß G. m. b. H.“ für medizinische Technik in Berlin übernahm und zur Zusammenfassung der Produktion einen Fabrikweiterbau durchführte.

**Neue Großzusammenschlüsse im Einzelhandel.** Die starke Zusammenschlußbewegung im Großeinzelhandel der Warenhäuser ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Wie aus Eiberfeld gemeldet wird, haben nach langen Verhandlungen die Gebr. Fried und Alsbeger G. m. b. H. in Köln und die Eiberfelder Textilhandels-G. m. b. H. in Berlin eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, zu der mehr als 60 Textilkaufhäuser gehören. Der Zusammenschluß hat die Aufgabe, ganz ähnlich wie bei den Kaufhäusern der Jandorf-Häuser durch die Firma Hermann Tieh Berlin und den übrigen Großzusammenschlüssen zwischen Warenhaus-Gesellschaften den gemeinschaftlichen Einkauf in großen Massen durchzuführen und dadurch die Gewinnspanne zwischen den nicht beliebig veränderlichen Verkaufspreisen und den durch den Masseneinkauf verbilligten Einkaufspreisen zu vergrößern.

**Stickstoffherzeugung in Frankreich.** Im Zusammenhang mit den Verhandlungen Kisters mit französischen Chemieindustriellen über die Verwertung französischer Düngemittelpatente für die Wintershall-Rüdnerschen Stickstoffwerke ist folgende Meldung von Interesse: Der Verwaltungsrat des Etanbissements Kuhlmann, eine der führenden französischen chemischen Fabriken, hat die Aufnahme einer Auslands-Vertriebsstelle in der Schweiz in Höhe von 15 Millionen Franken beschlossen. Die neuen Mittel sollen dazu Verwendung finden, die Stickstoffabrikation und anderer künstlicher Düngemittel zu erweitern durch den Bau von neuen Fabriken in Frankreich und Belgien, und zwar sollen die neuen Werke in Verbindung mit Kohlenzechen und Kokerien errichtet werden.

# BILLIGER Weihnachts Verkauf

Konfektion		Kleiderstoffe	
Pullover-Kleid gemusterte Stoffe, feine Madarten, neueste Farbanstellungen	7.50	Cheviot ca. 100 cm breit, in vielen Farben, gute Qualität, Mtr.	0.95
Damen-Kleid Rippe-Popeline, jugendliche Form, in vielen Farben	12.50	Rips-Schotten doppeltbreit, mod. Must., Mtr.	1.45
Tanz-Kleider aus Taffel od. Crêpe de Chine, oranzefarbene, neueste Lichtfarben	15.50	Kunstl.-Jacquard aparte Farben, Mtr.	1.45
Damen-Mantel überreitet, sehr feine jugendliche Färbung	27.50	Pullover-Stoff entzückende Muster, in Mtr.	1.85
Herrenartikel		Schuhwaren	
Stehumlegekragen moderne Form, Mako-Qualität	0.50	Damen-Pantoffel schöne Muster, mit Pompon u. Linoleumrolle	0.95
Oberhemden Zepfir, gefüllter Brust, 2 Kragen, mit Umschlagmanschetten	6.90	Damen-Hausschuhe imit. Kamelhaarsstoff, mit Pompon u. Stoffsohle	1.10
Nachthemden bewährte Qualität, in farbigen Besatz	4.50	Umschlagschuhe für Damen, imitiert Kamelhaarsstoff mit Filz- und Ledersohle, verdeckte Naht	2.65
Herren-Hüte moderne Formen, maxregno	7.50	Schnallenstiefel für Damen, imitiert Kamelhaarsstoff, mit Filz- und Ledersohle	3.90
Regenschirme für Damen, braun, Topform, 12 teilig, Halbbeide mit fester Kante	7.50		

Damen-Wäsche	Baumwoll-Waren	Taschentücher	
Damen-Hemd Trägerform m. Stickeransatz	1.25	Hemdentuch kräftige Ware	0.48
Damen-Hemd hohe Hals mit breiter Sticker	1.95	Mako imitiert, feinstülige Qualität	0.58
Hemd hose Windelform, mit imitiertem Klappelapizze	2.45	Louisiana Deckbettbreite	0.98
Nachthemd aus gutem Wäschestoff, mit Sticker	2.95	Rohnessel ca. 140 cm breit	0.95
Handarbeiten		Trikotagen	
Mittendecken mit Einsatz und Spitze garniert	1.45	Fridolin-Spiele verschiedene Firmen	25
Läufer dazu passend	1.45	Kinderpost mit Stempel und reichem Inhalt	50
Tablettdecken mit Spitze garn., verschied. Größen	0.25	Kinder-Trompete vernickelt, m. Seidenachse und Quasten	95
Taschentuch-Behälter fertig, Loch-Sticker	0.50	Musik-Drehdose buntfarbig	95
Strümpfe		Wirkwaren	
Damenstrümpfe farbig und schwarz, Ferse und Spitze verstärkt	0.38	Damen-Schlupfhosen farbig, echt Mako	1.25
Damenstrümpfe farbig und schwarz, mit Doppelsohle und Hochferse, gute Qualität	0.95	Damen-Schlupfhosen farbig, Kunstseide, mit angerautem Futter	2.95
Damenstrümpfe farbig und schwarz, Seidenfaser, mit Doppelsohle und Hochferse	1.45	Damen-Hemd hose weiß, patentgerippt, mit Übersschlag	1.95
Herren-Socken grau und feinfarbig, Ferse und Spitze verstärkt	0.38	Unterhemdchen für Damen, weiß, patentgerippt, lang	0.95
Herren-Socken farbig gemustert, mit verstärkter Ferse und Spitze, gute Qualität	0.95	Damen-Jacken lange Form, reine Wolle, in vielen Farben	9.75

Unsere Geschäfte sind Sonntag den 19. von 2-6 Uhr geöffnet

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

# JANDORE

# Die Schuld des Reichskanzlers Michaelis.

## Geständnis vor dem Untersuchungsausschuß. — Er wollte Belgien in wirtschaftlicher Bindung halten.

Nach der Aussage des Reichskanzlers a. D. Michaelis vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags, über die wir im Abendblatt vom Dienstag berichteten, erhielt Genosse Scheidemann als Mitglied des ehemaligen Siebenerausschusses des Kriegreichstags das Wort.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Dr. Michaelis hat sich darauf berufen, daß er sich auf sein Gedächtnis allein nicht verlassen kann. Aber ich möchte doch einige Fragen an ihn richten, die mir ungeklärt erscheinen, zunächst, ob dem Herrn Reichskanzler a. D. Michaelis bekannt ist, daß die Anregung, einen Frieden seitens des Papstes in Anregung zu bringen, vom Kaiser ausgegangen ist, d. h., daß der Ursprung in einer Unterredung des Kaisers mit dem Runtius Pacelli lag, in der der Kaiser sagte: Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß wir die Sozialdemokraten allein für den Frieden arbeiten lassen, wofür wir ihnen übrigens sehr dankbar sind. Es ist doch besser, wenn der Papst das von sich aus tut. Das ist geschichtlich doch von großem Interesse.

Wenn feststeht, daß der Kaiser sich in einem gewissen Zeitpunkt für den Frieden ausgesprochen hat, wie ist es dann erklärlich, daß er, nachdem diese Friedensnote des Papstes gekommen und zum Teil auch schon beantwortet war, die Randbemerkung machte:

„Wilson muß darauf verzichten, das deutsche Volk zu haben, wie er es will. Ein Wilson-Verständigungsfrieden wird weder vom Heer, noch vom Volk, noch vom Kaiser akzeptiert. Es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird.“

Diese Dinge müssen Herrn Dr. Michaelis bekannt gewesen sein und dann kommt noch hinzu, daß auch noch der damalige Reichskanzler in einem bestimmten Stadium der Dinge gesagt hat, er behandle diese ganze Geschichte dilatorisch.

Reichskanzler a. D. Michaelis: Die Fragen sind so aus dem Komplex herausgegriffen, daß ich heute unter meinem Eid nichts sagen kann über Dinge, die derartig kompliziert sind.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wiemer hat Fragen an den Reichskanzler Michaelis nicht zu stellen.

Das Mitglied des ehemaligen Siebenerausschusses, Abg. Graf Westarp erklärt: Zur Sache kann ich nichts auslegen. Ich erinnere mich weder, noch habe ich Notizen darüber, daß mir außerhalb des Siebenerausschusses vertrauliche Informationen zugegangen sind. Reichskanzler Michaelis sprach hier von einer Zustimmung fünf gegen zwei. Das bezog sich wohl darauf, daß der Siebenerausschuß einverstanden damit war, daß in den Entwurf der Antwortnote ein ausdrücklicher Verzicht auf Belgien nicht aufgenommen werden sollte. Es würde von Interesse sein, die Namen der Abgeordneten festzustellen, die dafür und dagegen gestimmt haben. Ferner würde ich auch Interesse an einer Antwort auf die Frage haben, die Scheidemann gestellt hat. Sie bezog sich auf seine Darstellung auf Seite 111 seines Buches über sein Gespräch mit Rühlmann. Ich halte es für außerordentlich interessant zu wissen, ob Rühlmann sich erinnert, das gesagt zu haben, und was die Unterlage dafür gewesen ist. Ich behalte mir vor, diese Frage, falls die Vernehmung des Staatssekretärs v. Rühlmann beschloßen wird, an ihn zu richten.

Denn es handelt sich hier um den Vorwurf, daß die Regierung dem damaligen Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hätte, sondern ein falsches Bild bei ihm hervorgebracht hätte.

Vorsitzender Abg. Philipp: Die Abstimmungsverhältnisse sind geklärt. Auf der einen Seite standen Ebert und Scheidemann, die nicht der Auffassung der Regierung waren, die übrigen fünf Mitglieder haben sich der Auffassung der Regierung angeschlossen.

Abg. Graf Westarp: Und Erzberger und Fehrenbach?

Abg. Scheidemann: Graf Westarp verwechselt wohl die beiden Sitzungen. In der ersten Sitzung am 28. April hat ausschließlich Graf Westarp selbst der Erklärung über Belgien widersprochen. Andere Abgeordnete machten diese Erklärung abhängig von weiteren Erklärungen über bestimmte Gebiete. Aber die anderen fünf Herren waren alle für eine unbedingte bestimmte Aussage über das, was wir mit Belgien machen wollten. Und als wir auseinandergingen referierte der Reichskanzler: Ich darf also annehmen, daß die Herren mit dem Entwurf einverstanden sind. Dann kam das Zwischenstück, daß mich Rühlmann zu sich berief, es war am Sonntag, den 9. September, und mir sagte, er hätte sich die Dinge alle überlegt, er persönlich stünde natürlich ganz auf unserem Standpunkt. Belgien könne nicht behalten werden, das sei ein Unsinn. Aber inzwischen seien ihm Dinge zur Kenntnis gekommen, die es unklar erscheinen ließen, wenn wir jetzt diese Erklärung abgeben. Das sei aber auch nicht notwendig, weil die Kurie informiert sei. Da ich misstrauisch blieb, kam er mit allerlei Andeutungen heraus. In der zweiten Sitzung des Siebenerausschusses war das Schauspiel diesmal umgekehrt, fünf Herren waren einverstanden, während Ebert und ich der Ablehnung entschieden widersprachen.

Abg. Joos (Z.): Reichskanzler Michaelis hat zugegeben, daß er die Herren tatsächlich nicht über die Fassung der Antwort auf die Friedensnote des Papstes in Kenntnis gesetzt hat. Vielleicht kann uns aber der Zeuge noch etwas sagen über die Gründe, aus denen das geschehen ist.

Bredt gegen Michaelis.

Sachverständiger Dr. Bredt: In Beantwortung der Aussagen des Herrn Dr. Michaelis muß ich auf drei Personen eingehen, die darin eine Rolle gespielt haben. Ich fange mit der Person des Kaisers an. Wenn der Kaiser aus Doorn einen Brief schreibt, worin er gewissermaßen die Sache auf seine Schultern nimmt und seine früheren obersten Staats- und Reichsbeamten bedt, so finde ich das sehr honorig. Aber es tut mir von meinem Standpunkt aus auch leid, daß ich in zwei Punkten mit gegen diesen Brief wenden muß. Erstens sagt der Kaiser, er habe die Akten ganz genau nachgeprüft.

Woher will er denn in Doorn die Akten gehabt haben? Das kann sich doch nur auf die Akten beziehen, die ihm irgendwie abschriftlich zugegangen sind. Zweitens ist die ganze Frage, die ich in meinem Gutachten mit Rein beantwortet habe, ob der Kaiser den Geheimbrief vom 24. September gekannt hat, auch jetzt noch nicht geklärt.

Sodann kommt Staatssekretär v. Rühlmann in Betracht. In der zweiten Sitzung des Siebenerausschusses vom 10. September ist der Entwurf einer Antwort an den Papst vorgelegt worden. Und im großen und ganzen in der Form genehmigt worden, wie Herr Scheidemann es darstellte. In diesem Entwurf ist das

Wort „Belgien“ überhaupt nicht enthalten, sondern es stand nur die Bezugnahme auf die Friedensresolution darin, und es war die Frage, ob diese die Bereitwilligkeit zur Herausgabe Belgiens bedeute. Die Abgg. Erzberger, v. Payer und Fehrenbach stellten sich auf einen bejahenden Standpunkt. Die Abgg. Stresemann und Westarp hielten sich zurück. Ebert und Scheidemann sagten: „Das genügt nicht, wir wollen eine Erklärung über Belgien haben.“ Die Herren Erzberger, v. Payer und Fehrenbach gaben den Ausschlag dahin, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution als genügend angesehen wurde. Dann wurde der Entwurf dem Runtius Pacelli mitgeteilt, und es kam ein Schreiben des Runtius, er habe den Entwurf an den Kardinal-Staatssekretär Casparri nach Rom telegraphiert.

und es kam aus Rom die Vorantwort, daß dies das absolute Ende der ganzen päpstlichen Friedensaktion bedeute. Die Antwort Deutschlands wurde als absolut ungenügend im voraus abgelehnt.

Dieser Brief ist eingegangen am 18. September nachmittags im Auswärtigen Amt. Dieser im voraus ablehnende Brief ist trotzdem, datiert vom 19., unterschrieben, abgeschrieben und abgeschickt worden, nachdem man die Antwort aus Rom hatte. Das ist die ganze entscheidende Tatsache, die Herr v. Rühlmann uns höchstens beistimmen kann, für die uns aber nur der verantwortliche Leiter der deutschen Reichspolitik, und das ist zweifellos der damalige Reichskanzler, den Schlüssel geben kann.

Dann komme ich zweitens zu Herrn Dr. Reinecke, der zu meiner großen Ueberraschung jetzt die Antwort des Runtius Pacelli anders interpretiert oder auslegt. Da bitte ich folgende Sätze aus meinem Gutachten vorlesen zu dürfen: erst kommt die Friedensnote des Papstes, dann ein Schreiben des Runtius Pacelli, das so lautet: „Darum hat mich seine Eminenz der Kardinal-Staatssekretär beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, um zu erreichen, daß bestimmte Erklärungen über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigungen für den durch den Krieg in Belgien verursachten Schaden abgegeben werden.“ Darauf antwortet der Reichskanzler: „Ich bin in heutigem Stadium der Sache noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Eminenz zu entsprechen und bestimmte Erklärungen abzugeben.“ Es heißt also, ich bin nicht in der Lage, Erklärungen abzugeben.“ (Zuruf: Noch nicht!) Darauf kommt es an, auf die Worte „ich kann Erklärungen nicht abgeben.“ Da kann man nur ein Rein heraushearsen als Antwort auf die Frage: „Gibt Ihr die Erklärung ab?“ Nachdem die erste offizielle Antwort da war, ist ein Telegramm aus Rom gekommen, daß die Kurie diese offizielle Antwort einstellungen für genügend halten würde, in der Hoffnung, daß die Regierung sich doch noch bereit finden würde, eine Erklärung über Belgien abzugeben. Dieses Telegramm ist am 21. September angekommen. Da war jeder Zweifel ausgeschlossen. Dann kam der Brief vom 24. September her. Nachher war ein falsches Bild mit der ganzen Aktion.

Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis: Ich muß darauf bestehen, daß der Mann vernommen wird, in dessen Hand damals alle Fäden zusammenliefen. Damit volle Klarheit geschaffen wird, muß ich um die Vernehmung des Herrn v. Rühlmann bitten.

Michaelis im Kreuzverhör.

Daran schloß eine Geschlechtervernehmungsdebatte an. Danach erzählt Dr. Michaelis wieder das Wort.

Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:

Ich will meine Auskunft nunmehr dahin zusammenfassen: Wir haben die Antwort des Runtius Pacelli aus folgenden Gründen nicht zur Kenntnis des Ausschusses gebracht:

Es war eine Antwort auf einen vertraulichen Brief, der nebenher ging, und wir stehen auf dem Standpunkt — wir müssen auf die damalige Zeit zurückgehen —, daß nicht verlangt werden kann, daß der Reichskanzler zu jedem Brief, mag er noch so wichtig sein, dem Reichstag oder einem Ausschuß Mitteilung macht. Wenn er es für opportun und geboten hält, kann er es tun. Aus dem damaligen Verfassungsrecht heraus ist dem Reichskanzler kein Vorwurf zu machen, es kann höchstens gesagt werden: „Es war nicht klug.“ Wir haben diesen Brief verlegt, weil Verhandlungen schwebten mit der Kurie, über die Herr v. Rühlmann Ihnen Auskunft geben kann. Wir hatten von der Kurie Befehle bekommen, die Herr Bredt so klar, aber richtig hervorgehoben hat. Es waren schwerwiegende Bedenken.

Trotzdem waren wir der Meinung, es ist nicht richtig, im Interesse der Sache, der Friedensvorbereitung, wenn jetzt von neuem an die Sache herangetreten würde, ohne erneute Verhandlungen etwas über Belgien zu sagen.

Abg. Joos (Z.): Uns geht es jetzt vor allem darum, warum Sie dem Siebenerausschuß nicht das Schreiben des Runtius unterbreitet haben, aus dem sich ergab, daß die erteilte Antwort als wertlos, ja als schädlich für die Friedensarbeit in Rom betrachtet wurde. Das war doch von äußerster Wichtigkeit für den Ausschuß, der glaubte, mit der Antwort die Friedensarbeit gefördert zu haben.

Dr. Michaelis: Wir hatten auf diese bedeutliche Folge des Schreibens schon vorher gerechnet. Wir mußten damit rechnen, und trotzdem hielten wir es nicht für gut, auf eine erneute Anregung hin nochmals die belgische Frage zu erörtern und sie etwa in eine Note hineinzuschleppen. Das hätten wir nicht getan, das ging gegen unsere Verantwortung.

Abg. Dr. Koses (Soz.): Sie haben jetzt erklärt, daß Sie die Antwort der Kurie schon bei Abendung des Briefes parausgegeben hätten. Das macht doch fast den Eindruck, als wenn der Arzt ein Rezept verschreibt, nur um etwas zu verschreiben, obwohl er weiß, daß damit kein Erfolg erzielt wird. Ist mit einer gewissen Absicht für den Brief eine so gewundene Form gewählt worden?

Dr. Michaelis: Es ist gefragt worden, ob bei der Antwort an den Papst überhaupt die Absicht bestand, dem Frieden zu dienen. Diese Absicht hat unbedingt bestanden.

Abg. Dittmann (Soz.): Sie wußten also, daß der Runtius die erteilte Antwort als Zerstückelung der Friedensabsichten oder wenigstens als sehr ungünstig für sie auslegte. Die Mitglieder des Siebenerausschusses oder haben Sie davon nicht informiert, sie wurden also im Gegensatz zu Ihnen dauernd in der Aufklärung erhalten, daß die Aktion des Papstes doch noch zu einem

Erfolg führen könne. Glaubten Sie, daß unter diesen Umständen ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten in der Friedensfrage zwischen Regierung und Parlament, wie es der Siebenerausschuß vermitteln sollte, überhaupt möglich war?

Dr. Michaelis: Die Beantwortung dieser Frage muß unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, daß wir damals glaubten, in ausgiebigen diskreten Besprechungen und Verhandlungen mit England zu sein, so daß wirklich die Möglichkeit bestand, sich bald an den Verhandlungstisch zu setzen.

Sachverständiger Dr. Bredt: Herr Dr. Michaelis ist derjenige gewesen, der um die heutige Tagung gebeten hat, weil er die ganzen Dinge von seinem Standpunkt aus klären würde. Heute sagt er nun erstens, er wolle gar nicht Bescheid, das wisse alles Rühlmann.

Dr. Michaelis: Ich habe doch eine halbfrühe Aufklärung gegeben, die sich hauptsächlich gegen die Unrichtigkeiten von Ihnen richteten, und nun wollen Sie auf einmal sagen, ich versteckte mich hinter Rühlmann.

Sachverständiger Dr. Bredt: Sie sagen doch immer wieder, man mühte Rühlmann vernehmen, man könne von Ihnen nicht erwarten, daß Sie alles noch wüßten. Zweitens: Als ich die ganz entscheidenden Daten noch einmal vorgetragen habe, hat Dr. Michaelis wörtlich gesagt: „Auf diese Einzelheiten gehe ich nicht ein.“ Auf diese Einzelheiten kommt es aber an. Diese Daten und Briefe sind dasjenige, worüber heute verhandelt werden soll.

Dr. Michaelis: Ich habe gesagt, in dem Stadium von vorhin würde ich auf diese Dinge nicht eingehen. Ich werde mir doch wohl vorbehalten können, wann ich im Zusammenhang auf die Ausführungen von Dr. Bredt eingehen kann, das ist mein Recht als Zeuge.

Zweideutigkeit der amtlichen Politik.

Abg. Scheidemann (Soz.): Mein Buch, auf das hier mehrfach Bezug genommen wurde, enthält nur Auszüge aus den weitläufigeren Ausführungen, die ich jetzt durchgenommen habe. Daraus ergibt sich, daß in der ersten Sitzung des Siebenerausschusses der Reichskanzler Dr. Michaelis ein ganz ausführliches Resümee über die Gesichtspunkte gegeben hat, die bei den Friedensschritten beobachtet werden sollten. Darin heißt es auch:

er lasse die Anregungen über Belgien so auf, daß die Friedensverhandlungen gefährdet werden, wenn wir von Belgien nichts sagen.

Der Siebenerausschuß war nicht eigentlich ein parlamentarischer Ausschuß, sondern es waren besonders sorgfältig ausgewählte Vertrauensmänner, denen die Regierung auch das mitteilen wollte, was unbedingt geheim zu halten war. Es steht fest, daß durch diese ganzen Verhandlungen eine gewisse Zweideutigkeit läuft. Sie tritt einmal in Erscheinung bei dem Verhalten des Kaisers. Der arbeitete zunächst wirklich in einer bestimmten Situation für den Frieden. Als dann aber die amerikanische Antwort kam, nahm er sofort wieder gegen Wilson Stellung. Diese Zweideutigkeit läuft aber auch durch alles, was Michaelis und Rühlmann getan haben. Der Siebenerausschuß, der alles erfahren sollte, hat niemals etwas erfahren von der Antwort des Runtius Pacelli, daß unbedingt eine einwandfreie Erklärung über Belgien gegeben werden müßte. Der Ausschuß ist also hintergangen worden.

Dr. Michaelis: Der Brief des Runtius Pacelli war vertraulich und ist von uns auch vertraulich beantwortet worden. Wir waren uns darüber klar, daß wir nicht sagen konnten, Belgien wird bedingungslos zurückgegeben. Ich legte damals auch auf die wirtschaftlichen Fragen in bezug auf Belgien den größten Wert.

Abg. Joos (Z.): Lieber die Rückfrage des Runtius-Briefes und des Antimorbidbriefes an den Ausschuß, war Dr. Michaelis wohl mit Rühlmann einig?

Michaelis wollte Valona und Korfu.

Dr. Michaelis: Von diesem Brief wußte nur der Kaiser, Rühlmann, Helfferich und ich. Im Kronrat haben wir nur gefast, daß jetzt zum ersten Male eine Anregung von englischer Seite gekommen sei, und daß hier wirklich ein ehrlicher Wille zu Verhandlungen vorzuliegen scheint. Es ist auch gesagt worden, daß die Voraussetzungen dazu unsere Stellung zu Belgien sei. Wir waren uns darüber klar, daß Belgien wieder die volle Souveränität bekommen müßte. Der Kaiser hatte das drastisch so ausgedrückt: „Der König kann wieder kommen!“ Wir wollten keine Teile Belgiens behalten,

aber wir wollten verhindern, daß Belgien wieder Seitenprünge machen könnte, wir wollten, daß es wirtschaftlich abhängig von uns würde durch eine Gemeinschaftlichkeit des deutschen und belgischen Kapitals.

Auf die Handelsrute wollten wir verzichten, aber wir wollten dafür von England Stützpunkte im Mittelmeer haben, auf Valona oder Korfu.

Abg. Dr. Rosenberga (Komm.): Aus Grund der Friedensresolution und des offiziellen Wortlauts der Papstnote mußte der Ausschuß annehmen, daß Belgien vorbehaltlos wieder zurückgegeben werden sollte.

Der Reichskanzler mußte doch wissen, daß seine wirklichen Absichten damit im Widerspruch standen, denn er hat doch hier gewisse Vorbehalte angegeben.

Dr. Michaelis: Als Herr v. Rühlmann das Staatssekretariat übernahm, hat er mir eine Art Programm schriftlich vorgelegt, in dem es auch hieß, daß Belgien wieder hergestellt werden müsse, aber auch dort sind verschiedene Forderungen aufgestellt, die erst erfüllt werden müßten. Es ist auch eine falsche Auffassung, daß der Siebenerausschuß ein ständiges Instrument der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament sein sollte. Das war meine Absicht, aber dagegen war die Linke, weil sie davon eine Ausschaltung des Hauptausschusses befürchtete, und dagegen war auch die Rechte, weil sie davon eine zu starke Beeinflussung der auswärtigen Politik durch das Parlament befürchtete. So blieb die eigentliche Aufgabe des Siebenerausschusses nur die Formulierung der Papstnote.

Abg. Graf v. Westarp (Dnat.): Auch ich erinnere mich, daß der Siebenerausschuß nicht eingerichtet worden ist als eine ständige

**Chlorodont** die herrlich erfrischende Zahnpaste  
beseitigt unangenehmen Mundgeruch

Kleine Tube Mark —.60, große Tube Mark 1.—

Einrichtung zur Beeinflussung der auswärtigen Politik, sondern zur Verhandlung über die Beamtentätigkeit der Postnote. Als am 10. September der Vorlauf der Postnote im Ausschuss formuliert worden war (Abg. Scheidemann: Nur (stillschweigend), war die Aktion des Siebenerausschusses abgeschlossen. Jedenfalls war der Brief vom 24. September eine neue Angelegenheit, bei der eine Verpflichtung des Reichskanzlers zur Unterrichtung des Siebenerausschusses nicht mehr anerkannt werden konnte.

### Der Siebenerausschuss beiseite geschoben.

**Vorsitzender:** Ich habe den Eindruck, daß der Siebenerausschuss praktisch beiseite geschoben worden ist bei den Verhandlungen mit einigen Abgeordneten, die insonderheit die Träger der Friedendation waren.

**Abg. Dittmann (Soz.):** Der Siebenerausschuss war ein Vertrauensausschuss des Reichstages, um mit der Regierung einen Weg zum Frieden zu suchen. Dem Ausschuss sind, wie ich den Zeugen verstanden habe, aber nur ganz beschränkte Informationen zuteil geworden; zum Beispiel die Verhandlungen mit England sind ihm nicht mitgeteilt worden. Ist nicht auch dem Reichskanzler Michaelis damals schon die Erkenntnis gekommen, daß eigentlich die Regierung dem Siebenerausschuss gegenüber eine Art doppelter Buchführung betrieben hat, und daß der Ausschuss eigentlich das fünfte Rad am Wagen war?

**Zeuge Dr. Michaelis:** Es wäre mir sehr erwünscht gewesen, in dem Siebenerausschuss ein Zwischenorgan zwischen Reichsregierung und Parlament zu bekommen. Das scheiterte aber am Widerspruch des Parlaments.

**Abg. Dr. Bergströmer (Dem.):** Nach den Mitteilungen Bethmann Hollweg steht fest, daß der Nuncius Pacelli am 26. Juni 1917 zum ersten Male zu Bethmann Hollweg kam, wobei zum ersten Male über Belgien gesprochen wurde. Auf die Frage des Nuntius nach unseren Zielen bezüglich Belgiens hat Bethmann Hollweg geantwortet, daß wir seine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden. Nun steht außer Zweifel, daß die Verhandlungen vom 24. September 1917 diese volle Unabhängigkeit Belgiens nicht zulagen. Zwischen der Politik Kühlmanns und derjenigen Bethmann Hollwegs besteht also ein sehr scharfer Unterschied, und ich möchte wissen, ob dieser Gegenstand Herrn Dr. Michaelis als Reichskanzler bewusst gewesen ist, bzw. ob er bei der Uebergabe der Amtsgeschäfte besprochen worden ist.

**Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:** Auch hierauf kann ich mich nicht entsinnen.

**Abg. Joos (Z.):** Der Entwurf der Antwortnote ist dem Nuntius Pacelli mitgeteilt worden, von diesem selbst aber als nicht genügend angesprochen worden. Davon wurde dem Siebenerausschuss gar keine Mitteilung gemacht, obwohl es sich doch nach Dr. Michaelis' Auffassung um eine Vertrauensinstitution bei diesem Ausschuss handelte.

### Michaelis Geständnis.

**Dr. Michaelis:** Ich erinnere an das Wort des Abg. Dr. David im Reichstag, als er mich fragte: Was ist eigentlich mit dem Siebenerausschuss, lebt er noch, rüchelt er noch? Der Siebenerausschuss ist eben darum, weil er nicht von dem Vertrauen des Parlaments zu seiner Produktivität und seiner wirklichen Aufgabe getragen wurde, eingestraften.

Wenn ich die Bedenken der Arie dem Siebenerausschuss nicht mitgeteilt habe, dann ist selbstverständlich der Gedanke berechtigt, ich wolle also dem Siebenerausschuss in dieser Sache nichts weiter mitteilen. Das ist richtig. Weswegen das in der Tat für uns eine zwingende Notwendigkeit war, bin ich wegen der Besprechungen, die nebenher liefen, nicht mehr in der Lage, genau zu sagen. Ich bitte, diese Frage Herrn v. Kühlmann zu vorzulegen. Sollte er nicht in der Lage sein, sie aufzuklären, dann können Sie mir den Vorwurf machen: Das ist ohne Grund

dem Siebenerausschuss nicht mitgeteilt worden. Dann muß ich mich dem beugen.

**Abg. Dittmann (Soz.):** Sie haben gesagt, die oberste Heeresleitung hätte Sie nur gebeten, mäßigend einzuwirken auf gewisse Kreise im Innern. Welche Kreise waren es denn, die in solcher Weise auf die oberste Heeresleitung und damit auch auf die Reichsleitung einzuwirken suchten? Waren es Kreise der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, oder waren es die sieben Wirtschaftsverbände, die die berühmte Eingabe an den Reichstag gemacht haben? Ich habe übrigens nichts dagegen, wenn hier festgestellt wird, daß nur Herr Graf Westarp, der sich ja schon selbst gemeldet hat, der Alleinschuldige ist.

**Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:** Uns war bekannt, daß zur obersten Heeresleitung sehr viele Herren aus dem Innern des Landes kamen und mit ihr Besprechungen hatten. Das waren einmal Gruppen der Industrie, einmal Leute aus anderen Kreisen des Landes, es waren die verschiedensten Kreise. Und auf diese, die der obersten Heeresleitung berichteten, bei uns zu Haus ist alles empört über die und die Ziele, sollte eingewirkt werden. Da habe ich mir den maßvollsten Mann ausgewählt, den ich kannte, und habe ihm gesagt: Wenn Sie zur obersten Heeresleitung fahren und nachher erzählen, was Sie dort gehört haben, dann wird das großen Einfluss auf Ihre Partei haben. Graf Westarp hat diese Aufgabe dankenswerterweise übernommen.

In einer persönlichen Bemerkung erhebt Abg. Graf Westarp (Zent.) Einspruch gegen die Feststellung des Abg. Dittmann, daß er auf die oberste Heeresleitung habe einwirken wollen. Er müsse es dem Abg. Dittmann überlassen, wenn er auf diese Weise der Öffentlichkeit ein agitatorisch wirkendes Wort zuwerfen wolle.

Darauf verlegt der Ausschuss die weitere Bernehmung des Reichskanzlers a. D. Michaelis und die des Staatssekretärs a. D. v. Kühlmann auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags.

### Die Umbildung des Reichsfinanzministeriums Beamtensfragen vor dem Haushaltsausschuss.

Als wichtigster Beratungspunkt lag dem Ausschuss für den Reichshaushalt in seiner Diensttagssitzung die Besprechung der ihm vom Plenum überwiesenen „Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums“ vor. In dieser Denkschrift legt der Reichsfinanzminister in ausführlicher Weise die Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, bei der Reorganisation seines durch die ganze Entwicklung der letzten Jahre aufgeblühten Ministeriums mehrere höhere Beamte auf Grund von § 24 des Reichsbeamtenengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Dieses Vorgehen des Ministers hatte die Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen veranlaßt, im Plenum Anträge zur Abänderung des Reichsbeamtenengesetzes einzubringen, in denen übereinstimmend verlangt wird, daß die Frage, ob die Voraussetzungen des § 24 zutreffen, der richterlichen Bestimmung des Reichsbeamtenengesetzes mit Wirkung vom 1. September 1926 in Kraft tritt. Dadurch soll den verabschiedeten Beamten die Möglichkeit gegeben werden, nachträglich noch richterliche Entscheidung zu verlangen. Auch diese Anträge waren dem Haushaltsausschuss vom Plenum überwiesen worden.

### In deiner Parteibuchhandlung

J. S. W. Dieh Nachf. (früher Vorwärts-Buchhandlung) Lindenstr. 2, laufft du für deine Kinder die billigsten und besten Jugendschriften

Die Anträge wurden vom Abg. Morath (D. Sp.) und hintereinander von den drei deutschnationalen Abg. Schmidt-Stettin, Harmony und v. Dryander begründet, von denen insbesondere der letztere ausführte, daß dieser Beamtenabbau der Rechtsgarantien entbehre. In seiner Erwiderung erklärte der Reichsfinanzminister, in der Hochschätzung des Berufsbeamtentums und in dem Bestreben, es gegen Antastung seiner Rechte zu schützen, sei er mit dem Ausschuss einig. Er könne daher auch nur die feinerzeit abgegebene Erklärung zu der feinerzeit machen, daß eine Wiederholung des Beamtenabbaues keinesfalls in Frage komme. Die Umorganisation des Reichsfinanzministeriums sei indessen kein Personalabbau, da hier rechtlich auf Grund des § 24 des Reichsbeamtenengesetzes vorgegangen ist. Eingehende Erwägungen über die Anwendbarkeit dieser Bestimmung und die schonendste Durchführung der Maßnahme seien der Verordnung des Reichspräsidenten vorangegangen. Gerade um das Beamtenrecht soweit als möglich zu schützen, sei die Anwendung des § 24 nicht in die Entscheidung des Ministers allein gestellt, vielmehr sei eine Kabinettsentscheidung und die Verordnung des Reichspräsidenten herbeigeführt worden. Damit wurde eine den Beamten günstige Staatspraxis geschaffen. Seinem Bestreben, den Rechtsschutz der Beamtenschaft zu stärken, entspreche es durchaus, wenn der § 24 des Reichsbeamtenengesetzes unter besonderen Rechtschutz gestellt wird. Hierfür zu sorgen, dürfe die Beratung des Beamtenengesetzes die erwünschte Möglichkeit geben. Die mittleren und unteren Beamten könnten verfehlt werden. Bei den höheren Beamten wäre dies nach Lage der Sache nicht möglich gewesen. Selbstverständlich hätten politische oder persönliche Gründe in keinem Falle mitgesprochen. Alle Anwesen, die zum Schutz der Beamten denkbar waren, sind eingeschoben, jede denkbare Schonung berücksichtigt worden.

Während der Rede des Ministers wurde ein neuer demokratischer Antrag zur Änderung des Reichsbeamtenengesetzes eingebracht. Der Vorsitzende machte nach der Verlesung darauf aufmerksam, daß es nicht Aufgabe des Haushaltsausschusses sei, Sachverhalte zu ändern. Seine Aufgabe sei finanzpolitischer Natur. Gegen die Besprechung des volksparteilichen und deutschnationalen Antrages habe er nichts einzuwenden können, da sie vom Plenum überwiesen seien. Wenn aber nun die Debatte sich zu einer Verhandlung über das Reichsbeamtengesetz stelle, so gehöre eine solche Verhandlung nicht in den Haushaltsausschuss, sondern in den zuständigen Ausschuss. Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Anregung des Vorsitzenden entsprochen und beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, Denkschrift und Anträge an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

### Soziale Staffelung der Weihnachtzulagen ... in Mecklenburg.

Schmetin, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Was im Reich und bei anderen Länderregierungen nicht möglich war, weil die bürgerliche Mehrheit eine soziale Staffelung der Weihnachtbeihilfen für Beamte zu verhindern wußte, ist in dem von einer Linksopposition geleiteten, früher als reaktionär verschrienen Mecklenburg gelungen. Hier hat der Hauptausschuss des Mecklenburgischen Landtags auf Vorschlag der Regierung beschlossen, Weihnachtzulagen von dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit auszugeben. Es erhalten die Verheirateten der Gehaltsklassen I bis IV 50 M. und die Unverheirateten 30 M. Die gleichen Sätze erhalten die Staatsarbeiter. Für die Klassen VII bis XII ist dagegen nur eine Frauenzulage von 10 M. und eine Kinderzulage von je 5 M. vorgesehen. Den Gemeinden wird ein Viertel der für sie entstehenden Lasten vom Land ersetzt.



Flotter Biberfellplüsch-Mantel, gute Qualität, ganz gefüttert, eigene Fabrikation  
M. 29<sup>50</sup>  
Fischer Seidenhut  
M. 7<sup>50</sup>

Elegantes Crêpe de Chine-Kleid, aparte Form, Rock ringsherum mit breiter Spitze, eigene Fabrikation  
M. 29<sup>50</sup>

# Teiltzahlung

**Selbstfabrikation**  
der gesuchtesten Artikel in Damen-, Herren-, Kinder-Konfektion, Wäsche und Schuhwaren ermöglicht unsere billigen Preise.

**Unsere Schaufenster,**  
jeder Gegenstand mit Preis ausgezeichnet, überzeugen von der Billigkeit unserer Waren.  
Zu diesen billigen Preisen kaufen Sie bei uns auf Teiltzahlung mit  
**1/3 Anzahlung u. 3 Monatsraten,**  
bei Käufen über 100 Mark  
**1/5 Anzahlung u. 5 Monatsraten.**

Kein Aufschlag für Zinsen und sonstige Unkosten auf unsere Kassepreise. Ungenierter Kauf wie in jedem großen Kaufhaus.

#### Unsere Artikel:

- |                           |             |              |
|---------------------------|-------------|--------------|
| Damen-Konfektion          | Damenhüte   | Pullover     |
| Herren-Konfektion         | Herrenhüte  | Strickwesten |
| Kinder-Konfektion         |             | Schuhwaren   |
| Kleiderstoffe             | Wäsche      | Teppiche     |
| Mantelstoffe              | Gardinen    | Läuferstoffe |
| Herrenstoffe              | Steppdecken | Linoleum     |
| Sprechapparate            |             |              |
| Lederwaren                | Uhren       | Nickelwaren  |
| Schirme                   | Goldwaren   | Kristall     |
| Geschenkartikel aller Art |             |              |



Schwerer Winter-Überster mit ange-wehtem Futter, tadelloser Sitz, eigene Fabrikation... M. 86.  
Modernere Flauschhut M. 6<sup>50</sup>  
Straßen-Anzug blaue Melan, gute Qualität  
and Verarbeitung, eigene Fabrikation... M. 72.  
Wollhut... M. 3<sup>75</sup>

Sonntag  
von 2-6 Uhr  
geöffnet

**Jonass u. Co.**  
Belle-Alliance  
Str. 7-10  
Am Untergrundbahnhof

# Verkaufsangebot

nom. Reichsmark 20 Millionen  
7%ige Teilschuldverschreibungen

der  
**Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft**  
(Viag) in Berlin.

Die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft (Viag) gibt  
nom. Reichsmark 20 000 000 Teilschuldverschreibungen

in Stücken zu RM 500, RM 1000, RM 2000 und RM 5000.

aus, deren Einführung an der Berliner Börse beantragt werden soll. Die Stücke lauten auf den Namen der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft oder deren Order.

Der Anleihe-Erlös soll dazu dienen, für den inneren Ausbau der Viag-Unternehmungen Mittel bereitzustellen, und um Beträge zurückzuerstatten, die für den gleichen Zweck von diesen Unternehmungen kurzfristig aufgenommen worden sind.

Die Viag ist im Jahre 1923 als Dachgesellschaft für die industriellen Unternehmungen und Beteiligungen des Reiches gegründet worden. Das Gesellschaftskapital beträgt RM 120 000 000, die gesetzlichen Rücklagen betragen RM 12 000 000. Für die beiden letzten Geschäftsjahre sind je 3% Dividende verteilt worden. Für das Geschäftsjahr 1922/23 ist mit einer höheren Dividende zu rechnen. Das gesamte Aktienkapital befindet sich im Besitz des Deutschen Reiches, vertreten durch den Herrn Reichsminister der Finanzen.

Im Dezember 1923 hat die Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine 6%ige, in 20 Jahren rückzahlbare Anleihe im Betrage von 6 000 000 Dollar aufgenommen, die an erster Stelle auf die Wasserkraftanlagen des Innwerks und der Bayerischen Kraftwerke eingetragen ist.

Ferner nimmt die Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gleichzeitig mit der den Gegenstand dieses Prospektes bildenden Reichsmark-Anleihe eine Anleihe in Höhe von 6 000 000 Dollar auf, die mit 4% verzinslich und in 15 Jahren zu tilgen ist, und für die eine besondere Sicherstellung nicht erfolgt.

Nach dem Stande vom 1. Dezember 1926 besitzt die Gesellschaft folgende Beteiligungen:

Bank und Treuhandgesellschaft:	Gesellschaftskapital:	Beteiligung der Viag:
1. Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin	30 000 000	30 000 000
2. Deutsche Revisions- und Treuhand A.-G., Berlin	1 000 000	700 000
<b>Elektrisch-technische Unternehmungen:</b>		
1. Elektrowerke A.-G., Berlin	60 000 000	60 000 000
2. Ostpreußenwerk A.-G., Königsberg i. Pr.	9 900 000	3 916 000
3. Württemberg. Landes-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Stuttgart	5 000 000	1 405 500
4. Rhein-Westfäl. Elektrizitätswerk A.-G., Essen	135 600 000	2 500 000
Vorzugsaktien	4 400 000	160 000
<b>Aluminiumindustrie:</b>		
1. Vereinigte Aluminium-Werke A.-G., Lauterbach (Lauterbach)	24 000 000	20 800 000
2. Innwerk, Bayerische Alumin.-A.-G., München	13 200 000	12 000 000
<b>Kalkstickstoffindustrie:</b>		
1. Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G., Berlin	20 000 000	20 000 000
2. Bayerische Kraftwerke A.-G., München-Berlin	24 000 000	24 000 000
3. Alzwerke G. m. b. H., München	3 000 000	1 500 000
<b>Eisen- und Maschinenindustrie:</b>		
1. Deutsche Industrie-Werke A.-G., Berlin	8 000 000	8 000 000
2. Deutsche Stahl- u. Walzwerke A.-G., Siegburg	4 000 000	4 000 000
3. Deutsche Spinnereimasch. A.-G., Ingolstadt	4 000 000	2 950 000
4. Deutsche Präzisionswerkzeug A.-G., Amberg (Oberpfalz)	1 000 000	500 000
5. AEG Deutsche Werke A.-G., Berlin	1 000 000	500 000
<b>Sonstige Beteiligungen:</b>		
1. Aktiengesellschaft Hieser Hütte, Groß-Hieser	64 000 000	16 026 400
Vorzugsaktien	300 000	125 000
2. Bayer. Lloyd Schifffahrt A.-G., Regensburg	9 720 000	1 267 200
Vorzugsaktien	120 000	28 000

Die Wasserkraft-Elektrizitätswerke der Viag-Konzerns haben eine Leistungsfähigkeit von mehr als 100 000 KW, die Lampkraft-Elektrizitätswerke von mehr als 400 000 KW. — In der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 betrug die Gesamtleistung der Elektrizitätswerke des Viag-Konzerns mehr als 2300 Millionen KW. Die Aluminiumproduktion beträgt etwa 25 000 t jährlich. Von den Kalkstickstoffwerken ist das Werk der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G. in Planitz zu günstigen Bedingungen verpachtet. Die Bayerischen Kraftwerke A.-G. erzeugen jährlich etwa 40 000 t Reinstickstoff.

Die den Gegenstand dieses Prospektes bildende Anleihe ist vom 1. November 1926 ab mit 7% jährlich verzinslich. Die Zinsen sind halbjährlich nachträglich gegen Einlieferung der fälligen Zinscheine am 1. Mai und 1. November jedes Jahres zahlbar. Den Schuldverschreibungen werden je 20 Zinscheine mit Erneuerungsschein beigegeben.

Die Laufzeit der Anleihe beträgt 25 Jahre. Ihre Tilgung erfolgt zum Nennwert und beginnt nach Ablauf von 5 Freijahren mit dem am 1. November 1931 beginnenden Jahreslaufe durch Auslösung oder durch freihändigen Ankauf mit jährlich etwa 2,44% des ursprünglichen Anleihebetrages zusätzlich erparier Zinsen. Die Auslosungen finden jährlich in der Zeit vom 1. bis 15. Juli zum 1. November jedes Jahres, erstmalig zum 1. November 1932, statt. Eine verstärkte Tilgung oder vorzeitige Gesamtkündigung der Anleihe ist seitens des Schuldners frühestens zum 1. November 1932 zulässig. Zu diesem Tage und jeweils zu einem der folgenden Zinstermine ist die Gesellschaft berechtigt, die noch in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen im Ganzen oder in Teilbeträgen unter Wahrung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen.

Wenn das Deutsche Reich von seinem Besitz an Aktien der Viag sowie veräußert, daß es nicht mehr über die absolute Mehrheit des Aktienkapitals verfügt, so wird die Viag dieses im Deutschen Reichsangehörigen und Preussischen Staatsangehörigen sowie in einer Berliner Börsenzeitung öffentlich bekanntmachen. Jeder Teilschuldverschreibungsbesitzer ist alsdann berechtigt, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkt der erwähnten Veröffentlichung an seine Teilschuldverschreibungen unter Angabe der Nummern mittels eingeschriebenen Briefes an die Schuldnerin zu kündigen. Die Rückzahlung der gekündigten Stücke, deren Nummern die Schuldnerin nach Ablauf der Kündigungsfrist unverzüglich in den erwähnten Zeitungen zur Veröffentlichung bringen wird, geschieht alsdann zum Nennwert zuzüglich Zinsen zu dem dem Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung über den erfolgten Verkauf folgenden zweiten Zinstermin. Für die Zeit nach diesem Zinstermin werden Zinsen auf die gekündigten Stücke nicht mehr gezahlt.

Für Kapital und Zinsen der Anleihe haftet die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft mit ihrem gesamten Vermögen. Falls die Gesellschaft in Zukunft während der Laufzeit der Anleihe eine durch ein besonders Planrecht auf ihre Vermögensgegenstände oder Einnahmen gesicherte Anleihe ausgeben sollte, so ist sie verpflichtet, die vorliegende Anleihe anteilmäßig in gleicher Weise wie die neue Anleihe sicherzustellen.

Obige  
nom. RM 20 000 000 7% ige Teilschuldverschreibungen

der  
**Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft**  
in Berlin (Viag)

gelangen vom 15. Dezember d. J. an durch die untenzeichneten Banken und Bankhäuser unter folgenden Bedingungen zum freihändigen Verkauf:

Der Verkaufspreis beträgt  
**96%**

vom Nominalbetrage zuzüglich Stückzinsen vom 1. November 1926 bis zum Zahlungstage (unter Berücksichtigung des Steuerabzuges vom Kapitalertrage).

Die Bezahlung der überlassenen Stücke hat am 23. Dezember 1926 zu erfolgen.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten des Käufers.

Die Verkaufsstellen behalten sich die Höhe der Zustellung auf die Kaufaufträge und jederzeitigen Schluß des Verkaufes vor.

Kaufaufträge mit mindestens sechsmonatiger Sperrverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt.

Die Anleihestücke werden als bald nach Fertigstellung geliefert werden. Zunächst erhalten die Käufer von den Verkaufsstellen ausgefertigte Kassenzustellungen.

Anmeldungen auf bestimmte Abschnitte können nur insoweit berücksichtigt werden, als dieses nach dem Ermessen der Verkaufsstellen mit den Interessen der anderen Käufer vereinigt werden kann.

Berlin, den 14. Dezember 1926.  
Frankfurt a. M.

Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft

Berliner Handels-Gesellschaft Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft

Darmstädter und Nationalbank Deutsche Bank

Direction der Disconto-Gesellschaft Dresdner Bank

Mendelssohn & Co. Lazard Speyer-Ellissen.



## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
4. Platz d. Repubi.  
7 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut  
8 Uhr: Peer Gynt  
Schiller-Theater  
9: Die 3 Schwestern

**Metropol-Theat.**  
Täglich 8 Uhr  
Wieder Metropol  
Resistenz-Theat.  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
Absteigequartier  
Cinebis Jugendklub verboten

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
Fidelio

**Fidelio**  
Max. Leitz B. Walter  
Wildbrunn. Schöne  
Abonn.-Turnus IV

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
8 Uhr  
Reinhardt  
v. Gneisenau

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr  
Von Stufe zu Stufe

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 Uhr  
Ollapotrída

**Ollapotrída**  
von Alexander  
Lerner-Holena  
Regie: Heinz Hilpert

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2416  
8 Uhr  
Die Gefangene

**Die Gefangene**  
Von Bourdet  
Regie: M. Reinhardt

**Das Künstler-Th.**  
Fritz Mannerys  
8: „Die Königin“  
Sonntag 3 1/2 Uhr  
Frei! Weiberg

**Lesing-Theater**  
8 Uhr: Mensch und Hebermensch  
Th. u. Kurfürstendamm  
8 Uhr: Die Frau an der Heide

**Laestepittheater**  
8 1/2 Uhr:  
D. Herzogin v. Elba  
Stg. 3 1/2 Uhr: Beethoven

**SCALA**  
Nollendorf 3300  
8 Uhr  
Varieté-Attraktionen

**Volksbühne**  
Theater an Nollendorfpl. Th. an Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
Eysistrata

**Eysistrata**  
Morgen 8 Uhr:  
Eysistrata

**Casino-Theater**  
Tägl. 8 u. 10 1/2 Uhr:  
Mister Cornedbeef

**Romische Oper**  
Abend 8 1/2 Uhr:  
Die Fledermaus

**Die Fledermaus**  
mit Martha Serrak, Molly Wessely,  
Angela Sax, Falken, Boettcher, Blasi,  
Lebel, Suckmann, Schuster u. a.  
Ab 23. Dezember Gastspiel d. weltber.  
Belletti's Chauv.-Souris Theatre.

**Wallner-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Der große Erntedankfest

**Wintergarten**  
8 Uhr  
Variete  
Räucher  
gestaltet

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr  
Steffner Sänger  
Das wundervolle  
Weihnachts-Programm!

**Dönhof-Breitl**  
VARIETE - KONZERT - TANZ

**Bettfedera Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude)

# Kaffee Hag Porzellandose

Sie möchten Ihren Angehörigen zu Weihnachten  
gern eine Freude machen, aber die Wahl ist schwer.  
Wir geben Ihnen einen Rat: Wählen Sie die Kaffee  
Hag-Porzellandose. Es gibt so leicht kein schöneres  
und praktischeres Geschenk. Diese Dose ist von  
Künstlerhand entworfen, aus bestem Porzellan ge-  
fertigt und handvergoldet. In Porzellangeschäften  
würde sie nicht unter RM 10.— verkauft werden  
können. Ihr Kaufmann verkauft Ihnen die Dose,  
gefällt mit einem halben Pfund feinstem coffein-  
freien Kaffee Hag für nur

**RM. 6.50**

verpackt in einem geschmackvollen Karton.

In der Sonntagsnacht um 12 Uhr verschiebt  
unser treuer, fleißiger Werkzeugmacher

## Stefan Gaal

im Alter von 46 Jahren, nach 20jähriger Tätig-  
keit an den Folgen eines Ueberalles von  
ruchloser Hand auf dem Wege zur Erfüllung  
seiner Pflicht.

**Hoyer & Kube**  
sowie das Personal.  
Berlin, den 12. Dezember 1926.  
Eisenbahnstraße 19.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Von Kollegen zur Nachhilfe, das  
unser Stillege, der Arbeiter

## Paul Fitze

am 6. Dezember gestorben ist.  
Esse seinem Andenken.  
Einlieferung am Donnerstag, den  
16. Dezember, abends 7 Uhr, im  
Krematorium Gröblichstraße.  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**  
**Schlafchaiselongues 24.-**  
Fabrikpreise Ratenzahlung  
Göhr Berlin, Pappelallee 12  
frei jeder Bahnstation.

Soeben neu erschienen:

## Kinderland 1927

Ein Märchenbuch für unsere Knaben und  
Mädchen. Ein schönes Geschenkwerk für  
den Weihnachtsfest. Reich illustriert mit  
Tiefdruck- und Buchdruckbildern. Streu-  
bilder und Vignetten beileben den Text.  
Die Umrahmungen des Kalendariums  
stellen den Kindern bekannte Märchen dar.  
Preis des Buches 1.25 R.-Mark

Illustrierter sozialdemokratischer

## Abreißkalender 1927

Ein reich illustriertes Familienjahrbuch.  
Jeder Tag des Jahres hat sein Bild. Aus der  
Vorderseite sind das Kalenderium und die  
Odenkette untergebracht, die Rückseiten  
enthalten statistische Angaben, Zitate, Ge-  
dichte, Sprüche. Die Rückwand ist in Drei-  
farbentiefdruck hergestellt. In keiner Fa-  
milie sollte dieser wichtige Kalender fehlen.  
Preis des Kalenders 2 R.-Mark

Zu haben in allen Vorwärts-Abgabestellen,  
der Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf.,  
SW. 68, Lindenstr. 2 und direkt von der  
Vorwärts-Buchdruckerei, SW. Lindenstr. 3

**Zarte, junge Peta-  
Gänse 1.20**  
frische, d. d. Ware,  
10-16 Pfund schwer.  
Nur ein Preis!  
Wagner, Berlin 50,  
Mariannenstraße 34

**Radio**  
auf Teilzahlung  
in  
**5 Monats-  
Raten**  
bei geringer  
Anzahlung.  
Lautsprecher  
Kopfhörer

**Radio-Versand**  
G. m. b. H.  
Königsstraße 25  
Alexander 6265  
Weinre-  
Verkaufsstellen:  
Lehmann, Charlott-  
tenburg, Wilmers-  
dorfier - Str. 159  
Eggert, Plantagen-  
straße 43  
Bijawski, Andreus-  
straße 30  
Ludwig, Spandau,  
Friedrichstraße 5  
Becker, Berlin,  
Friedrichstr. 109  
Wilhelm Jung,  
Niederschwand,  
Rudow Str. 14  
Ferra, Neukölln,  
Allerstr. 42  
Wolken, Land-  
berger Straße 34  
Elektro-Vertrieb  
Frankfurter Allee  
Nr. 107  
Friedrichshagen, Preu-  
denstr. 10

**Conrad Müller**  
Schkeuditz-Leipzig

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
W30, Ansbacherstr. 1

**Blumenspenden**  
jeder Wert  
Lieferung prompt:  
**Paul Galletz**,  
sozial. Ideal New  
Mariannenstraße 3,  
6de Rungelstraße  
Wart. Marienpl. 10000.

**Jhr Baby**  
braucht eine patent  
„Hudi“-Saugflasche  
Sie werden staunen,  
wie gut es daraus  
trinkt! Postversand  
gegen M. 1.10 durch  
Hudivertreib  
Wien, XV, I. Bernheim

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Kündigung! Kranke und Arbeitslose!

Wegen der Weihnachtsferien erfolgt  
die Auszahlung der Unterfügung für  
Freitag, den 24. Dezember, (den am  
Donnerstag, den 23. Dezember, und für  
Sonntags, den 25. Dezember, am Frei-  
tag, den 24. Dezember, von 9-13 Uhr.  
Wegen Quarantäne bleibt die Kranken-  
und Arbeitslosenabteilung am 3. Januar  
1927 geschlossen.

Die Auszahlung der Unterfügung für  
Freitag, den 31. Dezember, und Sonn-  
abend, den 1. Januar 1927, erfolgt bereits  
am Mittwoch, den 29. Dez., und Donner-  
stag, den 30. Dezember, vormittags von  
9-3 Uhr.

Die Mitgliedsbücher für Kranke und  
Arbeitslose, die Unterfügung beziehen,  
müssen bis zum 31. Dezember abgegeben  
werden.

**Branchenversammlung**  
der Drahtarbeiter.  
Zusammenkunft: 1. Die Sage in  
der Traubengasse, 2. Die Trauben, 3.  
Drahtengängerarbeiten.

Die Vertrauens-Ärztler-Konferenz  
des Schwarzblechwerkes fällt in diesem  
Monat aus.

**Die Ortsverwaltung.**

**Sonntag**  
von 2-6 geöffnet!

**Deutsches Teppichhaus**

## Emil Lefèvre

G. m. b. H.  
Berlin S. Seit 1882 nur  
**Oranienstr. 158**  
Wir haben keine Filialen!  
bittet seine Kunden  
**Weihnatskäufe**  
rechtzeitig zu machen,  
bevor der grobe Andrang  
Wir bieten **Sensationelles!**



## Das Glück.

Von M. Sojtschenko.

Bismarck habe ich große Lust, an einen gänzlich unbekanntem Menschen heranzugehen und ihn zu fragen: Sag' mal, mein Lieber, wie lebst du eigentlich? Bist du mit deinem Leben zufrieden? Hast du je Glück gehabt im Leben? Denk' doch mal darüber nach!

Seit ich an einem Magenkatarrh leide, habe ich schon oft diese Frage gestellt.

Manche nehmen diese Frage nicht ernst oder antworten: Na, es geht, so so lala! Die anderen fangen an, mir Märchen aufzubinden: „D ja, ausgezeichnet, glänzende Verhältnisse, kann's gar nicht besser wünschen!“

Und nur ein einziger Mensch hat meine Frage ernsthaft und ausführlich beantwortet. Das war mein lieber Freund Iwan Fomitsch Testow. Seinem Beruf nach ist er Glaser. Mit besonderen Geistesgaben ist er nicht ausgestattet.

„Ob ich Glück gehabt habe?“ fragte er mich. „Aber sicher, das habe ich ganz gewiß gehabt.“ — „Na, und? Was es groß, das Glück?“ — „Ja, das weiß ich nicht, ob es groß oder klein gewesen ist. Aber vergessen werde ich es mein Lebtag nicht.“

Iwan Fomitsch rauchte zwei Zigaretten, überlegte und begann zu erzählen: „Das wird wohl schon zwanzig oder fünfundsiebenzig Jahre her sein, mein lieber Freund. Damals bin ich noch jung und schön gewesen, hatte einen aufgewickelten Schnurrbart und war mit mir sehr zufrieden. Damals wartete ich immerzu auf das Glück. Die Jahre vergingen und es geschah absolut nichts. Ich verheiratete mich, verzankte mich auf der Hochzeit mit den Verwandten meiner Frau, dann wurde mir ein Kind geboren, ohne daß mir all dies irgendwie naheging. Dann starb meine Frau, später das Kind. Ich merkte es kaum. Das Leben floß still und ruhig dahin. Und das Glück kam nicht.“

„Ja, und eines Tages, es war der 27. November, ging ich wie immer zur Arbeit und nach der Arbeit gegen Abend ging ich in die Kneipe und bestellte mir ein Glas Tee.“

„Ich sitze und trinke. Und denke: „Ja, ja, die Jahre gehen vorüber, und das Glück will und will nicht kommen.“

Und gerade wie ich daran denke, höre ich Lärm hinter mir. Ich drehe mich um — der Wirt suchte mit den Armen und der Kellner suchte mit den Armen, und vor ihnen steht ein Soldat und verflucht sich an einen Tisch zu setzen. Der Wirt will es nicht zulassen und sagt ihm fort: „Was fällt dir ein,“ schreit er, „es ist doch verboten, daß Soldaten sich in den Schenkenstuben an den Tisch setzen. Ich muß nachher dafür Strafe zahlen. Nach' daß du fortkommst, mein Lieber.“ Aber der Soldat ist betrunken und will durchaus nicht gehen. Der Wirt versucht, ihn fortzujagen, und der Soldat flucht.

„Ich bin genau so viel wert wie ihr,“ schreit er, „und ich will mich an den Tisch setzen!“

Mit Hilfe der Gäste wurde er schließlich herausgeführt. Aber auf der Straße hob er einen Stein auf und schleuderte ihn mit aller Wucht ins Fenster. Und ich aus.

Das Fenster war aus Spiegelglas, drei zu vier Meter, sehr teuer.

Dem Wirt zitterten Hände und Füße. Er kniete zusammen, wackelte mit dem Kopf und traute sich nicht, das Fenster anzuschauen. „Was soll ich bloß machen, Bürger?“ jammerte er, „der Soldat hat mich ruiniert. Heute ist Sonnabend, morgen ist Sonntag, zwei Tage ohne Fensterhebe. Einen Glaser findet man nicht so schnell und meine Gäste werden sich ärgern, wenn das Fenster entzwei ist.“

Auch die Gäste waren ärgerlich. „Es zieht aus dem Loch. Wir wollen in einem warmen Zimmer sitzen.“

Ich stelle plötzlich mein Glas auf den Tisch, stülpe meine Mütze über die Teekanne, damit der Tee nicht kalt wird, und gehe mit gleichgültigem Gesicht zum Wirt. „Mein Verehrtester, ich bin Glaser,“ sage ich. Er ist höchst erfreut, zählt das Geld in der Kasse und fragt: „Wieviel wird der ganze Arzempel kosten? Kann man es nicht vielleicht aus Stücken zusammensetzen?“ „Nein, mein Lieber,“ sage ich, „das wird nicht geben. Sie brauchen ein ganzes Glas drei zu vier Meter. So ein Spiegelglas kostet 75 Rubel und die Scherben gehören mir. Dieser Preis ist unter jeder Konkurrenz und ohne Aufschlag.“ — „Du bist wohl nicht ganz richtig,“ sagt der Wirt, „seh' dich mal lieber an deinen Tisch und trink' deinen Tee. Bei einem solchen Preis verstopf ich lieber das Loch mit einem Kissen.“

Und er befiehlt seiner Frau, ein Kissen aus der Wohnung zu bringen.

Das Kissen wird gebracht und das Loch verstopft.

Das Kissen fällt aber heraus, mal nach außen, mal nach innen — und alle lachen.

Manche ärgern sich auch — es wäre ja zu dunkel und ganz unmöglich hier Tee zu trinken. Und einer — Dank sei ihm dafür — steht auf und sagt:

„Ein Kissen kann ich auch zu Hause sehen, dazu hab ich das Ährige nicht nötig!“

Darauf kommt der Wirt wieder zu mir heron, steht mich an, ihm sofort das Glas zu besorgen und drückt mir das Geld in die Hand.

Ich lasse meinen Tee stehen, stecke das Geld ein und stürze davon.

Ich erreiche das Geschäft — es wird gerade zugemacht. Ich bitte und flehe — endlich läßt man mich hinein.

Es kam alles so, wie ich es mir dachte, ja sogar noch besser: für das Glas vier zu drei mußte ich 35 Rubel zahlen, für den Transport 5 Rubel, zusammen also 40 Rubel.

Das Glas wurde eingestellt.

Ich trinke meinen Tee aus, bestelle dann ein Fischgericht und noch ein anderes Gericht dazu. Ich esse alles auf und verlasse mit unsicheren Schritten das Lokal. In der Tasche habe ich 30 Rubel Reinsverdienst. Wenn ich Lust habe — kann ich trinken, soviel ich will, wenn ich Lust habe — mir kaufen, was ich will.

Und wie habe ich damals getrunken! Zwei Monate lang! Und habe auch allerlei gekauft: einen silbernen Ring und warme Einlegesohlen. Ich wollte mir auch eine Hohe kaufen, aber dazu reichte das Geld nicht mehr.

Sehen Sie, lieber Freund, auch ich habe einmal Glück im Leben gehabt. Aber nur ein einziges Mal. Dann floß das Leben ruhig weiter. Ein solches Glück habe ich nie mehr erlebt.“

Iwan Fomitsch schweig.

Voller Reiz bildete ich auf meinen Freund. Ich habe in meinem Leben nicht einmal solch ein Glück gehabt.

Oder sollte ich es etwa nicht bemerkt haben?

(Aus dem Russischen von Rino Stein.)

## „Fahnenweihen und kein Ende!“

Von Adolph Hoffmann.

(Schluß.)

Aber die Roten waren erfinderisch! Am 1. Mai 1890 war in Halle um Umgebung keine aufrechterische Fahne zu sehen, wie dem politischen Kommissar berichtet wurde. Doch was war das? —

Nachmittags gegen zwei Uhr, als ein Massenparadegang der feiernden Arbeiter stattfand, schwebte ein langes rotes Banner mit der Goldinschrift „Trotz alledem und alledem“ über dem Marktplatz, von leimem Luftzug langsam getragen. Darüber war ein langer aus roten Kinderballons gebildeter senkrechter Streifen. An diesem hingen die Ballons, deren Tragfähigkeit genau ausgerechnet war, und unten daran das lange Banner, an dessen unteren Enden Angelhaken mit langen Seidenfäden befestigt waren.

Und richtig! Auch die Kalkulation stimmte. In der Nähe der Promenade beim Gestir angelegte sich einer derselben an einer Telegraphenleitung fest und die Fahne blieb hängen. Flintenschüsse,

## Häusliches Mißverständnis bei Beflers.



„Herr Reichswehrminister, da ist schon wieder der Manchester.“  
„Kein Wort wahr, ich dementiere, ich dementiere...“  
„Herr Reichswehrminister, ich meine ja bloß: da ist schon wieder der Manchesteranzug zertrissen!“

auf die Ballons gerichtet, trafen tief, tief unten den Seidenfaden, das Banner floß weiter ins Band hinaus und niemand hat erfahren, wo es gelandet ist. Da es aus leichtem roten Tüllstoff war, auf dem man die Buchstaben aus Goldpapier aufgeklebt hatte, war der Verlust für die Veranstalter so gering wie der Gewinn für den Finder.

Manches revolutionäre Sturmzeichen wurde von der heiligen Hermandad in der Gestalt einer roten Fahne mit Hilfe von Dachdeckern, Schornsteinfegern, und wo solche sich weigerten, was nicht selten vorkam, von der Feuerwehr von hohen Pappeln, Schornsteinen und Türmen heruntergeholt oder auch, wie einmal im roten „Königreich“ Sachsen, erobert.

Gefinnungsfreunde hatten einen Ausflug unternommen. Die Polizei hatte den „Umsturz“ gemeldet und schickte Spitzel und Gendarmen nach. Aber als man die Vaterlandsverräter endlich fand, waren sie bereits unter fröhlichem Gesang des Liedes „Der Staat ist in Gefahr“ auf dem Heimwege.

Ein jüngerer etwas übermütiger Genosse hatte an seinen Stock sein buntes Taschentuch gebunden, war auf die Schulter eines anderen geklettert, und so zog man singend keine Strafe.

Da hielten die Staatsräuber den Augenblick für gekommen, den Staat zu retten. Sie umzingelten den Feind, nahmen ihn gefangen; die Fahne wurde heldenmütig erobert und allen der Prozeß gemacht wegen Tragens republikanischer Abzeichen. So etwas war in Sachsen nach besonders verboten.

Am Gerichtssaal wurde das Corpus delicti vor den Augen der Richter ausgebreitet und — O, Entsetzen! — der Gesichtsvorwurfs-Reinigungsapparat erstrahlte im schönsten Schwarzweißrot. Zunächst waren es keine besonders intelligenten Geschichter, die Anwalt, Gerichtsvorwahrer und Beisitzer machten. Das Publikum im Zuschauerraum lachte, aber — ein königlich sächsischer Amtsgerichtsrat läßt sich nicht verblüffen. Ernst runzelte er die Stirn, rollte die Augen nach dem Zuschauerraum und drohte, denselben räumen zu lassen, wenn man sich vor Gericht noch einmal so despektierlich benehmen würde.

Der Gerichtshof zog sich zur Urteilsberatung zurück, die sehr lange dauerte. Und — dann kam die Urteilsverkündung.

Der Vorsitzende strahlte wie Solomon der Weise, aber er hatte auch Recht. Kein Mensch im Gerichtssaal hätte an ein Urteil gedacht, wie er es jetzt verkündete. Es war wirklich ein salomonisches.

„Den Angeklagten ist bewiesen, die im Königreich Sachsen verbotene Enthaltung einer revolutionären roten Fahne vorgenommen zu haben und sie sind daher zu verurteilen. Wohl sei, wie der Augenschein lehrt, das Corpus delicti schwarzweißrot, aber — höre Solomon! — die rote Farbe sei vorherrschend und daher sei im Namen des Königs für Recht erkannt...“ Ra, usw.

Der alte Wilhelm Viebnecht, den gewiß so leicht nichts mehr aufregte, und der manches erlebt hatte, gab diese Verhandlung und das Urteil als Broschüre heraus, der eine farbige Abbildung dieses Taschentuches in natürlicher Größe beigegeben war. Diese Schrift wurde viel gekauft und belacht. Für die Partei brachte sie einen hübschen Bogen Geld, den wir damals sehr gut brauchen konnten.

Man sieht aus allem, daß die Fahne auch schon in unserer Kampf- und Sturmperiode eine nicht untergeordnete Rolle spielte. Galt es doch, die Massen auf die Idee der Menschenerlösung aufmerksam zu machen und zu zeigen, daß Gewalt die Freiheit nicht dauernd unterdrücken kann.

In Paris im Jahre 1889 zur Hundertjahrfeier der Revolution fand ein internationaler Parteitag der Sozialdemokratie statt. Hier sahen wir zum erstenmal neben der französischen Tricolore auf den Straßen und Plätzen die rote Fahne wehen, was auf uns Deutsche natürlich einen großen Eindruck machte.

Ganz besonders aber wirkte die rote Fahne auf mich, als ich meine erste Agitationstour durch Belgien machte, und in den Orten, in denen ich sprach, von den Organisationen mit Musikpappe und liegenden roten Fahnen vom Bahnhof abgeholt und im Triumphzuge durch die Straßen zum Versammlungsort geführt wurde. Große Plakate und Transparente im Zuge kündeten den Vortrag an.

Die Organisation hatte schon vorher einen großen Umzug durch den Ort gemacht und alle, welche den Rebnner mit abholen wollten, schlossen sich an. Vom Bahnhof bis zum Versammlungsort schwall der Zug immer mehr an. Weiß konnten die größten Säle die Teilnehmer nicht fassen.

Am Halbkreis um das Rebnerpult standen die Bannerträger mit den roten Fahnen.

Jede, auch die kleinste Organisation, hatte ihre Fahne und manche derselben war arg mitgenommen von den harten und blutigen Kämpfen, die in mehreren Gegenden Belgiens, besonders von den Berg- und Hütelarbeitern bei Streiks gegen ein rückwärtsloses Ausbeutertum durchgeföhrt waren.

Die Fahne war das Heiligtum der Organisation, und wenn sie anvertraut wurde, der fühlte sich höher geehrt als der mit dem Vorhitz oder der Kaffe Bedachte.

Viele alte Fahnen hatten ihre eigene Geschichte, und mehrmals wurde mir ein Buch zur Unterschrift vorgelegt, in welchem der Bannerträger die Ergebnisse jedesmal eingetragen hatte.

Wer den Stolz der oft alten Knasterbäre gefehen hat, muß sagen, es ist doch etwas Eigenes um solche Fahne als sichtbares Zeichen des Kampfes für die Befreiung der geknechteten Menschheit.

Wenn das aber wahr ist und bleibt, dann ist die rote Fahne nicht ein überflüssiges Möbel, sondern ein Symbol der Freiheit und des gemeinsamen Willens dazu.

## Tierhalters Freud' und Leid.

Von Erna Böning.

Jeder Tierbesitzer — und mag er sich als kleiner Laubkolonist mit noch so harmlosen Geschöpfen beschäftigen — weiß, wie freud- und leidvoll die Tierhaltung ist. Wieviel Ärger und Verdruß gibt es schon, wenn für den Besitzer natürlich auf unerklärliche Weise, die Hühner ausgebrochen sind und Nachbars Kohl gestressen haben. Bei Tieren und Kindern ist daher ein verständiger Mensch stets auf Lieberlassungen vorbereitet. Kinder und Tiere, sie werden oft in einem Atem genannt und auf Grund von Beobachtungen, die man mit Hausieren macht, wird immer und immer wieder die Behauptung aufgestellt: „Tiere tun Kindern nichts.“ Dieser Satz enthält keine vollständige Richtigkeit und bei dem Besuch von Menagerien und Zoologischen Gärten sind Kinder wiederholt, falls sie die Ab-sperrungsmahnmahnen nicht beachten, zu Schaden gekommen. Erst neulich ging die Nachricht durch die Presse, daß in Stockholm ein Vär einem Kinde, das ihm ein Stück Brot reichen wollte, die Hand abbiß. Und Dr. Th. Knottnerus-Meyer, der Direktor des Zoologischen Gartens in Rom war, machte die Wahrnehmung, daß manche Tiere gegen Erwachsene, nicht jedoch gegen Kinder gutmütig sind, weil deren helle Stimmen ihnen wenig Respekt einflößen.

Je wertvoller das Tier, je leidvoller ist für gewöhnlich die Tierhaltung. Eine ganz große Katzentruppe erlebte einmal der berühmte Tierbändiger Seth. Er, ein Frieser, fand sich mit allen Tieren ab und sein Ruhm erfüllte die Welt. Da hörte Renell den Namen dieses Dompteurs und äußerte den Wunsch, ihn kennen zu lernen. Mit einer Hagenbed-Expedition reiste Seth nach Abyssinien und trat dort, nur mit einem Eichenknäuel bewaffnet, unter ihm vollkommen fremde Löwen. Das inspizierte dem eroffenen Herrscher, er schenkte Seth die schönsten Löwen, die auszureiben waren. Diese prächtige Löwengruppe aber verlor Seth mit einem Schläge, weil ihm als Futter verdorrenes Pferdefleisch geliefert worden war.

Tiere sind eben kleinen und großen Unfällen genau so ausgesetzt wie der Mensch. In auch Tiere sterben zuweilen, man möchte sagen, an Zufälligkeiten. So verschluckte sich einmal die Tigerin „Iris“ an einem kleinen Stückchen Fleisch und erstickte daran. Auch hatte der große Tiger „Iwan“, ein erstklassiger Arbeiter in der von Bendig vorgeführten Tigergruppe, eines Tages einen Knochen in den Hals bekommen. „Iwan“, sonst ein böser Kaufbold, lag völlig starr, jedoch mit dem offenen Rachen am Gitter. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß sein Dompteur ihm im letzten Augenblick Hilfe bringen konnte. Bendig ist sehr gewichtig geworden, er teilt jetzt, den Charaktereigenschaften der von ihm betreuten Tiger entsprechend, Fleisch und Knochen ein.

In einem natürlichen Beherrschungsdrang macht sich der Mensch jedes Tier, selbst so plumpe Ungeheuer wie Nilpferde, unieran. Sailer-Sackton dreiferte einmal drei Nilpferde, von denen das kleinste 6 und das größte 30 Zentner wog. Zu diesem Zweck war ihm eine Problemanlage hergestelt, die er morgens von 5—9 Uhr benutzen durfte. Es war sehr schwierig, die Nilpferde aus dem Wasser zu bekommen, es ließ kein Reden und kein Bitten, selbst Rederiffen wie Rüben, Brat und Kappel gegen nicht. Im Wasser sind die Dickhäuter ungeheuer gelockt und will man sie mit Gewalt hinausstreben und geht ins Wasser, stürzen sie sich wuschraubend auf den Störenfried und werden ihm gefährlich. Da kam Sailer-Sackton auf die Idee, den Tieren abgedochte verdünnte Kuhmilch zu geben. Hierdurch gewöhnte er sie derartig an sich, daß sie ihm wie Hunde nachliefen. Mit Hilfe der Milch wurden sie bei stets glütigem Verhalten ihres Lehrers dreifert, ließen in der Manege am Rande, hatten Appell, changierten rechts und links, legten sich, gingen auf dem Rande der Manege, zogen an einer Glocke und schossen eine Pistole ab. Das größte Nilpferd machte sogar, aus eigener Begabung heraus, es war in der Dressur ursprünglich gar nicht vorgegeben, wenn die Lonne weggerollt wurde, Kopfstand. Von den Nilpferden starben das eine an Wasserlucht, das andere an Herzverfettung und dem dritten plachte das Smerchfell, als der Kolof sich mit Gewalt losriß, wie er sich mit einem Hauer am Gitter verfangen hatte.

Kürzlich wurde ein Dompteur von einem Elefanten durch einen Rüssel Schlag getötet. Der Mann soll den Elefanten, als er auf der Straße von einem Gemüswagen raste, betraut haben. Man behauptet, dieserhalb habe der Elefant sich gerächt. Da sei hier ein eigenartiges Erlebnis erwähnt, das Lorenz Hagenbed hatte, wie er mit dem Zirkusunternehmen in Amerika meiste. Als die Elefanten verfahren werden sollten, nahte eine feuerfressende Lokomotive und zwei Elefanten, zwischen denen gerade Lorenz Hagenbed stand, gingen durch. Um nicht zertrampelt zu werden, hielt er sich an je einem Ohr der Dickhäuter fest. Er wurde durch eine Tonröhrenfabrik geschleift, deren Lagerware zertrümmert wurde, hinaus aufs freie Feld. Als er die Elefanten endlich zum Stehen brachte, bemerkte er noch zwei junge Elefanten, die auch gefolgt waren. Und wie er die vier wieder nach der Bahn brachte, schildert Lorenz Hagenbed mit folgenden Worten: „Ich gab ihnen einige Stücke Zucker und rief ihnen zu: „Tolle“ (d. h. „Schwämme“), und auf dieses Kommando hin lahten sich die Elefanten gegenseitig an den Schwanz, den größten Elefanten nahm ich vorweg, dauernd mit ihm sprechend und Zucker gebend und brachte so alle vier zur Bahn zurück.“

Käferknaps. In der Herstellung herausfordernd oder durch einen besonderen Geschmack ausgezeichnete Getränke ist die Menschheit von jeher erfinderisch gewesen. Die verschiedenartigsten Pflanzen werden verwendet, um diese „Bedürfnisse“ zu befriedigen, und auch manches Tier wird bei der Bereitung solcher Getränke verwendet. Besonders eigenartig ist in dieser Hinsicht wohl die Gepflogenheit mexikanischer Indianer. Sie benutzen eine Sandlousfläherart (Cincindela roseiventris nennt sie der Entomologe), um sich daraus eine Art Schnaps herzustellen. Die Sandlousfläher sondern nämlich mehr oder weniger aromatische Dämpfe ab, die bei der mexikanischen Art besonders angenehm sind. Da diese Dämpfe auch in die Getränkeflüssigkeiten übertrreten, ist die Verwendung des Käfers ohne weiteres verständlich.

